Nr. 36. Halle a. S., Mittwoch den 12. Februar 1908. 19. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Die Sehnsucht nach Strafkolonien.

Es verlohnt sich wohl der Mühe, daß man sich mit der Resolution, die der freikonservative Abgeordnete von Liebert, der „berühmte" Häuptling des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, mit Unterstützung seiner Fraktion zum Etat der Reichsjustizverwaltung beantragt hat, etwas näher beschäftigt.

Der Reichstag soll beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch ein besonderes Reichsgesetz eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs dahin zu bewirken, daß den nach ihrer körperlichen und geistigen Beschaffenheit zum überseeischen Strafvollzuge geeigneten, innerhalb bestimmter Altersgrenzen stehenden Verurteilten auf Ansuchen der Strafvollzugsbehörde gestattet werden könne, die auferlegte längere Freiheitsstrafe in einer deutschen Strafkolonie (Südseeinsel) zu verbüßen.

Vorweg sei bemerkt, daß die Geschichte der Deportation eines der schwärzesten Kapitel in der Geschichte der Strafjustiz bildet. Hervorgegangen aus dem alten Exil, der Strafe der Verbannung aus dem Heimatlande, kam dieses System unter den römischen Kaisern vielfach zur Anwendung. Im früheren Mittelalter fand die Deportation keinen Platz unter den Strafarten. Erst nach der Entdeckung Amerikas wurde sie von den Kulturstaaten, zuerst in England, eingeführt. Die Verbrecher wurden, „um den Bau von Gefängnissen zu sparen", nach Nordamerika und später nach Australien verschickt. Daß dabei auch kolonialpolitische Rücksichten maßgebend waren, steht fest. England hat die Verschickung vor fünfzig Jahren gesetzlich abgeschafft, weil „ein verfeinertes Humanitätsgefühl sie nicht länger dulde und das Staatswesen durch sie Schaden erlitten hatte".

In Frankreich gelangte die Deportation erst unter Napoleon III. eine Bedeutung. Die Verschickungen, die in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch auf administrativem Wege, ohne Richterspruch, erfolgten, gingen zunächst nach Algier, später nach Cayenne und Guinea (die „trockene Guillotine") und nach Neu-Kaledonien.

Welch' große traurige Rolle in Rußland die Verschickungen nach Sibirien spielen und mit welchen Scheußlichkeiten dieses System dort stets verbunden war und noch ist, dürfen wir als unsern Lesern bekannt voraussetzen.

Uns Deutschen ist die Einrichtung der Deportation bis jetzt fremd geblieben. Man hat einen Ausdruck dafür in dem Worte „Strafverschickung" erst erfinden müssen. Der Begriff der Strafe, um die es sich handelt, ist die zwangsweise Ueberführung von Staatsbürgern in einen Zustand der Sklaverei auf fremder Erde.

Vor ungefähr dreiundzwanzig Jahren begannen, wie im Hamburger Echo ausgeführt wird, Strafjustiz-„Reformer" die Idee der Strafverschickung zu propagieren. Es ist kein Zufall, daß diese Propaganda mit dem Entstehen und der Entwicklung der deutschen Kolonialpolitik zusammenfällt. Erst einigermaßen schüchtern, man kann auch sagen „sondierend", wagte sie sich hervor, um dann in demselben Maße, wie der kolonialpolitische Fanatismus wuchs, immer rücksichtsloser zu werden.

Im Jahre 1894 trat unter Führung des Professors der Rechten an der Universität Breslau, Dr. Felix Brück, eine Richtung auf, welche die Parole ausgab: **„fort mit den Zuchthäusern!"** Sie plaidierte im Namen der **„Humanität"** dafür, die bisherigen Freiheitsstrafen von längerer Dauer, die nach geltendem Strafrecht in Zuchthäusern und Gefängnissen zu verbüßen sind, aufzuheben und durch die **Deportation nach unsern Kolonien, Ostafrika** usw. zu ersetzen, woselbst **reguläre Strafkolonien** zu errichten wären.

Bezeichnenderweise griff die offiziöse Nordd. Allgem. Ztg. den Gedanken, unsere Fieberkolonien, wohin so leicht niemand geht, zwangsweise auf dem Wege der Strafverschickung zu bevölkern und so den Kolonialkönigen **billige Sklaven** zu verschaffen, als einen „sehr beachtenswerten und zeitgemäßen" auf. Sie forderte die **Kolonialpolitiker** auf, Stellung zu der Frage zu nehmen, die eine **kolonialpolitische** sei und nicht aus der Theorie der Strafvollstreckung beantwortet werden könne.

Die Kolonialpolitiker entsprachen dieser Aufforderung denn auch mit großem Eifer. Der **Deutsche Kolonialbund** setzte einen besonderen **„Deportations-Ausschuß"** ein, der im Jahre 1905 an den Reichskanzler das Ersuchen richtete, den **Versuch einer fakultativen Strafvollstreckung** zu machen. Die Vertreter dieser Idee stützen sich auf die Behauptung, daß die Kriminalität **„ständig wachse"**, eine Behauptung, die **unwahr** ist. Wie die offizielle Statistik lehrt, hat in dem Zeitraum der letzten fünfundzwanzig Jahre die Kriminalität ziemlich gleichen Schritt mit der Bevölkerungszunahme gehalten, so daß von einem Anwachsen, im Vergleich mit der Bevölkerungszunahme, keine Rede sein kann.

Das ist übrigens für die **Beurteilung der Frage der Strafverschickung an sich völlig gleichgültig.** Angenommen, die Kriminalität wachse tatsächlich, so würde es doch völlig unzulässig sein, davon die Entscheidung in dieser Frage abhängig zu machen.

Aber die „Humanität"? Wir sind gewiß die letzten, die etwas zur Rechtfertigung oder Entschuldigung der Kerkerstrafe, die Geist und Körper zerrüttet, also mit dem eigentlichen Zweck der Strafe, „Sühne" und „Besserung", sich nicht vereinbaren läßt, vorbringen könnten. Wir verurteilen das heutige System des Strafvollzuges hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern mit seiner gedankenlosen Schablonisierung der Freiheitsstrafen als ein **ungerechtes** und **vernunftwidriges**, vielfach geradezu noch **barbarisches**. Aber dem Vorschlage, sie durch die **Deportation** zu ersetzen, durch ein anderes ungerechtes, vernunft- und humanitätswidriges System, können wir unmöglich beitreten. Man lasse das Wort „Humanität" aus dem Spiele. Die ist ja doch nur ein **Vorwand für die Spekulation kolonialpolitischen Interesses auf die Ausbeutung billiger und gefesselter Arbeitskraft.**

Wie Fürst Bülow sich zu dem vor drei Jahren an ihn ergangenen Ersuchen des Deutschen Kolonialbundes gestellt hat, ist nicht bekannt geworden. Kürzlich hat sich in Berlin ein **„Deportationsverband"** gebildet, der angeblich „unter vollster Wahrung politischer Neutralität" alle Freunde der Deportation in eine Organisation zusammenschließen soll. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die jetzt dem Reichstage vorliegende Liebertsche Resolution Anregungen aus diesen Kreisen ihre Entstehung verdankt. Sie geht in derselben Richtung, wie das Ersuchen des Deutschen Kolonialbundes an den Reichskanzler. Es handelt sich um die fakultative Strafverschickung. Bei der Beratung der Resolution im Plenum des Reichstags wird sich zeigen, wie die maßgebenden Kreise sich zu der Frage stellen. Würde ihr entsprochen werden, so hätte man es mit einem höchst bedenklichen **Anfang regelrechter Deportationspolitik** zu tun. Der **fakultativen** Strafverschickung würde ohne Zweifel bald die **gesetzlich vorgeschriebene als besondere Strafart** folgen. Darauf ist ja auch tatsächlich das Bestreben der Deportationsfreunde gerichtet. Nicht wenige unter ihnen verbinden mit dem Bestreben eine „ordnungspolitische" Tendenz, aus der sie gar kein Hehl machen. Sie wollen die Strafverschickung, unter Umständen eine **Massenverschickung**, vor allem in Anwendung gebracht wissen gegen **„politische Verbrecher"**, gegen die **„Umstürzler"**, die **„Feinde der Staats und Gesellschaftsordnung"**. Nach Professor Brücks Ansicht soll es schon genügen, daß jemand sich als **„Anarchist"** bekennt oder „anarchistischen" Bestrebungen huldigt, um zu rechtfertigen, daß man ihn „mit Waffen und Arbeitsgerät versehen, auf eine **unzugängliche Insel**, von welcher die Flucht unmöglich ist, verbannt". Alle „antisozialen", alle „umstürzlerischen" Elemente — natürlich auch oder in erster Linie die **Sozialdemokraten** — sollen in solcher Weise „aus der Kulturgemeinschaft ausgestoßen werden". Man wünscht die Deportation als **politisches Kampfmittel der reaktionären Gewalten** gegen die Bekenner und Verfechter neuer Ideen. Und dabei zielt man nicht in erster Linie oder überhaupt nicht auf die „Anarchisten", die „Propagandisten der Tat" ab, **deren bekanntlich die Polizei sich unbedenklich bedient, um dem reaktionären Regiment Vorwände zur Bekämpfung und Unterdrückung wahrhaft freiheitlicher und kultureller Bestrebungen zu liefern.** Nein, gegen die **Sozialdemokratie** richtet sich, soweit neben den **kolonialpolitischen** „ordnungspolitische" Erwägungen in Betracht kommen, das edle Bemühen, zu einem Deportationssystem zu gelangen. Das Ideal unserer Ordnungsfanatiker ist: **„administrative Verschickung" der „inneren Feinde" nach russischem Muster.** Hätten wir die Deportation als staatliche Einrichtung zu den Zeiten des **Sozialistengesetzes gehabt**, man würde sie ganz ohne Zweifel in das Strafsystem jenes infamen Ausnahmegesetzes aufgenommen haben. Ist die Deportation erst einmal als ein erlaubtes Mittel der „Bestrafung" und der „Ordnungspolitik" gesetzlich erklärt worden, so **ist kein Mensch**, vor allem **kein oppositioneller Politiker**, vor der Anwendung dieses „humanen" Mittels sicher. Die jeweilige Staatsgewalt hätte es alsdann immer in der Hand, die unbequemen Elemente der Opposition zum Fiebertode in den Kolonien zu verurteilen. Unsere Leser dürfen mit uns fest überzeugt sein, daß beim Antrag der Liebert und Konsorten die „ordnungspolitischen" Erwägungen eine Hauptrolle spielten im „Geiste" des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

10] [Nachdr. verb.

Die Mutter.

Roman von Maxim Gorki. Deutsch von Adolf Heß.

Als sein Vater wieder etwas gestohlen hatte und im Gefängnis saß, erklärte Nikolai den Freunden ruhig:

„Jetzt können wir uns bei mir versammeln . . . Die Polizei denkt an Diebe, und Diebe hat sie gern!"

Fast jeden Abend nach der Arbeit saß einer von den Freunden bei Pawel, und sie lasen, schrieben aus Büchern ab, hatten es sehr geschäftig und nahmen sich nicht einmal die Zeit, sich zu waschen. Sie aßen und tranken Tee mit Büchern in der Hand, und ihre Reden wurden der Mutter immer unverständlicher. . . .

„Wir müssen eine Zeitung haben!" sagte Pawel oft.

Das Leben wurde hastig und fieberhaft, die Menschen liefen immer geschwinder von einem zum anderen, eilten von einem Buch zum anderen, wie Bienen von Blume zu Blume.

„Man spricht schon über uns!" sagte Wjessowschtschikow eines Tages. „Wir fallen sicher bald herein."

„Die Wachtel ist dazu da, daß sie ins Netz gerät!" erwiderte der Kleinrusse.

Er gefiel der Mutter immer besser. Wenn er sie „Mütterlein" nannte, so war ihr immer, als streichelte jemand ihre Wangen mit weicher Kinderhand. An den Sonntagen, an denen Pawel kein Zeit hatte, spaltete der Kleinrusse Holz; eines Tages . . . . er mit einem Brett auf der Schulter, nahm das Beil und ersetzte schnell und geschickt eine verfaulte Treppenstufe durch eine neue; ein andermal flickte er ebenso unbemerkt den einstürzenden Zaun. Bei der Arbeit pfiff er stets, und sein Pfeifen war hübsch wehmütig.

Einst sagte die Mutter zum Sohn:

„Laß uns den Kleinrussen als Kostgänger nehmen. Dann habt Ihr es beide gemütlicher und braucht nicht immer hin und her zu laufen."

„Wozu sollen wir Dir viel Mühe machen?" fragte Pawel achselzuckend.

„Nun, das macht nichts, ich hab' mich das ganze Leben abgeschunden, ohne zu wissen wofür . . . Einem braven Menschen zuliebe kann ich schon etwas tun!"

„Tu, was Du willst!" erwiderte der Sohn. „Wenn er umziehen, soll es mich freu'n . . ."

Und der Kleinrusse zog zu ihnen.

VIII.

Das kleine Haus an der Grenze der Vorstadt erregte die Aufmerksamkeit der Leute, und seine Wände wurden schon von Dutzenden argwöhnischer Blicke betastet. Bunt geflügelte Gerüchte zuckten unruhig darüber hin — die Menschen bemühten sich, etwas aufzuspüren, aufzudecken, was hinter den Hauswänden am Abhang verborgen war. Nachts blickte man ins Fenster, bisweilen klopfte jemand an die Scheiben und lief geschwind und furchtsam von dannen.

Eines Tages begegnete Frau Wlassow der Gastwirt Bjegunzew, ein ehrwürdiger Greis, der stets ein schwarzes Seidentuch um den roten, welken Hals und über die Brust eine dicke, lila Plüschweste trug. Auf seiner spitzen, glänzenden Nase saß ein Schildpattkneifer; aus diesem Grunde nannte man ihn „Knochenauge". Er trat der Frau Wlassow in den Weg und überschüttete sie in einem Atem, ohne eine Antwort abzuwarten, mit einem Strom prasselnder, dürrer Worte.

„Pelagea Nilowna, wie gehts? Was macht der Sohn? Wollt Ihr ihn nicht verheiraten? Junger Mann in den besten Jahren. Je früher man den Sohn verheiratet, um so besser haben es die Eltern. In der Familie hält sich der Mensch geistig und leiblich am besten, in der Familie fühlt er sich wie der Hahn im Korbe! Ich würde ihn an Ihrer Stelle verheiraten. Unsere Zeit erfordert strenge Zucht, die Menschen leben mehr für sich als für andere. In allen Gedanken tut sich Zügellosigkeit kund, und man nimmt Handlungen wahr, die Tadel verdienen. Das Gotteshaus meidet die Jugend, den Orten der Geselligkeit wird sie fremd; man kommt heimlich in Winkeln zusammen und flüstert miteinander. Warum flüstert man, gestatten Sie die Frage, warum hält man sich abseits? Alles, was der Mensch nicht öffentlich, in der Schenke zum Beispiel sagen kann — was ist das? Das sind Geheimnisse! Für Geheimnisse aber ist unsere heilige apostolische Kirche der Ort. Alle andern Geheimnisse, die in Winkeln vor sich gehen, sind Irrungen und Wirrungen! Wünsche gute Gesundheit!"

Er nahm mantriert mit seiner krummen Hand die Mütze ab, schwenkte sie in der Luft und ging fort, die Mutter ratlos zurücklassend.

Wlassows Nachbarin, Marja Korsunowa, die Witwe eines Schmiedes, die mit Viktualien in der Fabrik handelte, sagte eines Tages, als sie die Mutter auf dem Markte traf, ebenfalls:

„Gib acht auf Deinen Sohn, Pelagea!"

„Was ist denn?" fragte die Mutter.

„Es gehen allerhand Gerüchte!" . . . vertraute Marja ihr geheimnisvoll an. „Böse Gerüchte, meine Liebe! Er soll so eine Gesellschaft wie die Geißler gegründet haben. Eine Sekte nennt man das. Sie werden sich dann hauen wie die Geißler . . ."

„Hör' auf, Marja, Du schwatzt Unsinn!"

„Na, wer schwatzt, betrügt nicht, aber wer Heimlichkeiten hat!" erwiderte die Krämerstau.

Die Mutter teilte ihrem Sohn all diese Gespräche mit; er zuckte schweigend die Achseln, der Kleinrusse aber lachte mit seiner tiefen, weichen Stimme.

„Die Mädchen sind Euch auch schon gram!" sagte sie. „Ihr seid für jedes Mädel beneidenswerte Freier und lauter brave, nüchterne Arbeiter . . . aber Ihr beachtet sie gar nicht! Es heißt, es lämen Fräuleins aus der Stadt zu Euch, die sich leichtfertig benehmen . . ."

„Nu, natürlich!" rief Pawel, das Gesicht in verächtliche Falten ziehend.

„Im Sumpf riecht alles faul!" meinte der Kleinrusse mit einem Seufzer. „Ihr aber, Mütterlein, sollet den törichten Dingern erklären, was der Ehestand ist, damit sie nicht gar solche Eile haben, sich ihre Prügel zu holen . . ."

„Ach, mein Lieber!" sagte die Mutter. „Sie sehen den Jammer, verstehen ihn auch, aber es bleibt ihnen ja nichts anderes übrig!"

„Sie verstehen ihn nicht, sonst würden sie schon einen Ausweg gefunden haben!" meinte Pawel.

Die Mutter blickte in sein strenges Gesicht.

„Dann klärt sie auf! Bittet doch ein paar Kluge zu Euch . . ."

„Das geht nicht!" erwiderte der Sohn trocken.

„Wenn wir es nun versuchten?" fragte der Kleinrusse.

Pawel schwieg einen Augenblick und erwiderte dann:

„Dann geht man bald als Pärchen, einige verheiraten sich, und die Sache ist aus!"

Die Mutter dachte nach. Die mönchische Strenge Pawels verwirrte sie. Sie sah, daß selbst die Freunde auf seinen Rat hörten, die wie der Kleinrusse älter waren als er; es kam ihr aber so vor, als wenn alle ihn wegen seines strengen Wesens fürchteten und niemand ihn liebte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080212-11/fragment/page=0001

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 11. Februar 1908.

Nochmals die Abstimmung über den Aggregiertenfonds.

Die Frankf. Ztg. richtet gegen eine sozialdemokratische Korrespondenz und namentlich gegen die Schwäb. Tagwacht, die diese Korrespondenz benützt hatte, einen sehr groben Angriff, weil behauptet worden war, daß der Freisinn am Freitag „fast geschlossen" für den erhöhten Aggregiertenfonds gestimmt habe. Nachdem die Frankfurter Zeitung über „wissentliche Entstellung der Tatsachen" geklagt hat (die „wissentliche Entstellung" hat sie am Freitag auch in der liberalen Presse Berlins genau so lesen können) geht sie dazu über, den „wissentlich wahren" Sachverhalt darzustellen, indem sie behauptet, daß die süddeutsche Volkspartei geschlossen gegen den erhöhten Aggregiertenfonds gestimmt habe. Diese Behauptung aber ist irrtümlich. Von den sieben Volksparteien haben vier gefehlt, von den übrigen drei haben nach der namtlichen Abstimmungsliste zwei gegen den erhöhten Aggregiertenfonds gestimmt (Wagner und Schweickhardt), einer aber für ihn (Wieland). Die Frankfurter Zeitung behauptet ferner der volksparteiliche Abg. Müller-Fulda hätte mit Nein gestimmt; das ist falsch, er hat ebenso mit Ja gestimmt wie die Abg. **Bothmer, Buddeberg, Cuno, Delbrück, Dohrmann, Eickhoff, Fischbeck, Gyßling, Heckscher, Hermes, Hoffmeister, Hormann, Kaempf, Kobelt, Kopsch, Mugdan, Pachnicke,** Sommer (Weißenfels-Zeitz) und **Wiemer.**

Mit Nein haben allerdings etwas mehr freisinnige Abgeordnete gestimmt, als bürgerliche Blätter und sozialdemokratische Korrespondenzen am Freitag abend annahmen; nämlich außer den genannten süddeutschen Volksparteilern die Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung

Dohrn, Dove, Naumann, Neumann-Hofer, Potthof, Schrader und **Struve.**

und die Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei

Ahlhorn, Schmidt (Halle), Spethmann, Stenzel und **Trüger.**

Wenn die Frankf. Zeitung meint, daß dieses Abstimmungsresultat für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft so ruhmreich sei, daß die sozialdemokratische Korrespondenz es erst „fälschen" mußte, um dem Freisinn eins auswischen zu können, so haben wir keine Ursache gegen eine solche Auffassung zu polemisieren. Was aber uns Sozialdemokraten betrifft, so freuen wir uns jedes Freisinnigen, bei dem sich eine gewisse Scham über das bisherige Verhalten der Fraktionsgemeinschaft bemerkbar macht, und verzeichnen daher die erweiterte Liste der Dissidenten **mit großem Vergnügen.** Die Frankf. Ztg. wird aber aus diesem Vorfall die Lehre ziehen dürfen, daß man sich — wenn schon geschimpft werden soll — erst informieren muß, bevor man schimpft.

Geschäft und Christentum.

In der Annonce eines frommen süddeutschen Mädchenrettungsheims, das Käse fabriziert, war neulich dieser Käse angepriesen, weil man mit seinem Kaufe den gefallenen Mädchen eine große Wohltat erweise, und weil außerdem diese Mädchen im Rettungsheim ohne jeden Lohn arbeiten müßten, der Käse also billiger sei als bei jeder Konkurrenz. Diese praktische Verbindung von Christentum und Geschäft war gestern auch das Leitmotiv der Verhandlungen des **preußischen Dreiklassenparlaments** über den **Etat der Zentralgenossenschaftskasse.** Der freisinnige Abg. Dr. Crüger-Hagen, der früher an den Schulze-Delitzschen Genossenschaften interessiert war und jetzt im Aufsichtsrate der Dresdener Bank sitzt, die die frühere Genossenschaftsbank verschluckt hat, beschwerte sich über die unlautere Konkurrenz dieser Preußenkasse, die mit dem billigen staatlichen Geld die ländlichen Genossenschaften und auch einige reaktionär frömmelnde Handwerkergenossenschaften treibhausartig aufzüchtet. Natürlich bleiben diese künstlich großgezogenen Wirtschaftskörper in der rauhen Luft des Wirtschaftslebens nicht alle gesund, nicht weniger als 84 Prozent der in den letzten zehn Jahren verkrachten Genossenschaften sind auch nach Inkrafttreten der ziemlich jungen Preußenkasse und mit ihrer Beihilfe begründet worden. Gleichwohl hält der neue „national wirtschaftliche Block", den gestern der Abg. Dr. Diederich Hahn unter Hinzuziehung des Zentrums und Ausschluß der Freisinnigen bilden wollte, an den Geschäftsgrundsätzen der Zentralgenossenschaftskasse fest, weil sie eben hauptsächlich den agrarischen Genossenschaften, der Milchzentrale und dergleichen volksnahrungsmittelverteuernden Gründungen der Agrarier, zugute kommt. Auch der preußische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, der künftige junge Mann von Krupp, lobte das Wirken der Zentralgenossenschaftskasse, die in diesem Jahre einen so ungünstigen Geschäftsabschluß hat, daß sie die Depositen nicht einmal mit 3 Prozent verzinsen kann. Weil gegenüber dem konservativen Frömmler Meyenschein Dr. Crüger bemerkt hatte, daß das Geschäft mit Religion nichts zu tun habe — er weiß das von der interkonfessionellen Dresdener Bank her —, erwiderte der fromme Rheinbaben sofort, daß die Genossenschaften nur segensreich wirken könnten, wenn sie rein geschäftsmäßig nach dem Grundsatze betrieben würden: Liebet eure Brüder. In Neuen Testament soll es zwar heißen: Liebet eure Feinde!, aber Freiherr v. Rheinbaben macht auch die Lehre Christi nach dem Gebrauche des „national-wirtschaftlichen Blocks" zurecht. Auf dieses Programm des Geschäftschristentums der Zentral-Genossenschaftskasse einigten sich alle Parteien des Dreiklassenparlaments mit Ausnahme der dort aus dem Block ausgetretenen Freisinnigen. Die Freikonservativen bekamen vom Zentrum sogar einen Rüffel, daß sie sich nicht ausdrücklich zu diesem Block geschäftlicher Frömmigkeit auf den Boden eines höchst praktischen Christentums bekannt hätten. Warum hatten diese Unvorsichtigen auch den Dr. Arendt vorgeschickt, der von Zeit zu Zeit das angelernte Christentum so sehr vergißt, daß er nicht einmal mehr die frömmelnden Phrasen eines Rheinbaben würdigt. — Der Etat wurde nach sachlich ziemlich unerheblicher Debatte bewilligt. Mittwoch Kultusetat.

Das ewige Hindernis.

Alle Fürsten und Regierungen würden sehr freiheitlich regiert haben, wenn die Menschen nicht so schlecht gewesen wären, nach der Freiheit zu verlangen. Wie herrlich weit wären wir schon, wenn bloß die Buchdruckerkunst nicht erfunden worden wäre, wenn es keine Reformation gegeben hätte und dann hinterher die amerikanischen Unabhängigkeitskriege und Revolutionen!

Das ist so ungefähr der Grundgedanke, von dem die konservativ-liberale Paarungspresse auszugehen scheint, wenn sie uns alle Tage versichert, das schlimmste Hindernis für das gleiche Wahlrecht in Preußen sei die Sozialdemokratie, und somit wäre diese die eigentliche „Wahlrechtsfeindin". Die Junkerregierung würde ja keinen Augenblick mit der Einführung des gleichen Wahlrechts zögern, wären die Wähler bloß nicht so gemein, ihre eigene Meinung haben zu wollen, statt wie es sich gehört, den Mann zu wählen, den der Landrat als den richtigen bezeichnet. Erst wenn das preußische Volk von der Freiheit den „richtigen" Gebrauch machen wird, wird es „reif" für die Freiheit sein.

Man könnte demnach glauben, daß zu einer Zeit, da die Sozialdemokratie noch gar nicht oder doch nur als kleine Partei existierte, das gleiche Wahlrecht in Preußen am Platze gewesen sei. Dem ist jedoch leider nicht so. Es hat immer in Preußen Parteien gegeben, deren Existenz ein freiheitliches Regime unmöglich machte."

Als das gleiche Wahlrecht, die Errungenschaft der Märzrevolution, durch das Dreiklassensystem ersetzt wurde, gab es überhaupt noch keine Sozialdemokratie.

Damals waren die bürgerlichen Demokraten das Hindernis.

In den fünfziger Jahren kannten die konservativen Landräte keinen schlimmeren Feind als die Bethmann-Hollwegsche Partei. Sie warnten die Wähler, durch Wahl eines rechtsnationalliberalen Mannes Mißbrauch mit dem Wahlrecht zu treiben.

Damals war die Partei Bethmann-Hollweg das Hindernis.

Im Jahre 1873 brachte das Zentrum im preußischen Abgeordnetenhause seinen bekannten Wahlrechtsantrag ein. Bei dieser Gelegenheit führte der nationalliberale Abg. Lasker (26. November 1873) nach dem amtlichen Protokoll folgendes aus:

> Ich bekenne, daß innerhalb der liberalen Partei die Ansichten über diejenigen Systeme, welche innerhalb des allgemeinen gleichen Wahlrechts anzuwenden sind, um einen korrekten Ausdruck der Volksvertretung zu finden, auseinandergehen . . . Aber ich bekenne Ihnen noch ein anderes, daß Stimmen auch innerhalb der liberalen Partei laut geworden sind, welche erklären, es sei **gefährlich, das allgemeine Wahlrecht auszudehnen in einer Zeit, in der eine mächtige Partei im Lande alle Grundlagen der gesetzlichen und rechtlichen Ordnung unterwühlt.**
>
> (Sehr gut! Sehr richtig!)

das Verhalten der klerikalen Partei mache gerade in diesem Augenblicke die Veränderung gefährlich, man müsse vorsichtig sein . . .

Damals war also das Zentrum das Hindernis!

Die Sozialdemokratie ist also, wenn wir richtig gezählt haben, schon zum mindesten das vierte Hindernis, das den König von Preußen, seine Regierung und die ihnen ergebenen Parteien verhindert, so freiheitlich zu regieren, wie sie natürlich von Herzen gerne möchten. So meinen es wohl auch die freisinnigen Blockhelden, die jetzt in ihren Versammlungen versichern, die „wüste Agitation" der Sozialdemokratie und derer um Barth, schon gar die schrecklichen Straßendemonstrationen schadeten bloß der Sache, die sie selbst mit so viel edler männlicher Besonnenheit vertreten.

Bebel auf dem Spieß.

Aus der Leipziger deutschnationalen Zeitschrift Hammer zitiert die Post folgende Erleuchtung des Herausgebers, eines Herrn Fritsch:

> Gleiches Recht! — Die Sozialdemokratie fordert gleiches Recht für alle. — Gut. Sie billigt es, ihre politischen Gegner durch Meuchelmord, mit Pulver und Dynamit zu vernichten. (?) Wenn sie konsequent sein will, muß sie ihren Gegnern das gleiche Recht zugestehen. Sie darf sich also nicht beklagen, wenn die bürgerlichen Parteien demnächst die Losung ausgeben: **wer Bebel, Singer oder Stadthagen aufspießt, der tut ein gutes Werk.**

Dazu läßt sich die Post schreiben:

> Wir wüßten tatsächlich keinen irgendwie stichhaltigen Einwand gegen die Logik dieser Ausführungen. Wenn die berufenen Vertreter der Staatsgewalt auch weiterhin den verbrecherischen Hetzereien der intellektuellen Urheber des Königsmordes und Staatsumsturzes untätig und geduldig zuschauen, dann dürfte es an **staats- und königstreuen Nachfolgern der Charlotte Corday** nicht fehlen. „Wahrlich es ist weit gekommen in den modernen Rechtsstaaten, deren Grundlage Gerechtigkeit sein soll! An dieser Grundlage wird von **tückischen Banditen** am hellen Tage unter dem Schutze der Gesetze gerüttelt. **Wo ist der Staatsanwalt, der** nicht seines Amtes vergißt und diese „trefflichen Minierer" in gewissenhafter und strenger Amtsausübung vor das Gericht stellt? Nach den schauervollen Vorgängen in Lissabon und nach dem jauchzenden Beifall, den die Lissaboner Banditen bei den Führern der „völkerbefreienden" Sozialdemokratie finden, müssen wir Deutschen **für das Leben unseres teuren Kaisers und der übrigen angestammten deutschen Fürsten das Schlimmste befürchten.** Wir sehen trotz aufmerksamen Zuschauens nicht, daß irgendein sichtbares Exempel statuiert und der verbrecherischen Hetztätigkeit der sozialdemokratischen Führer die eiserne Faust des Staates gezeigt wird. So ist es denn notwendig, diesen Freunden der Königsmörder **den Namen der Charlotte Corday zuzurufen und zu sagen, daß in deutschen Landen vielleicht Männer sind, die gegebenenfalls nicht nach dem Buchstaben, sondern nach dem Geiste des Gesetzes verfahren und** Königsmord auf deutschem Boden nicht an den **hirnlosen Meuchlern ahnden werden, sondern an den intellektuellen Urhebern.**

Die Post hat Bebel schon einmal mit dem Erstechen **bedroht.** Das war im Winter vorigen Jahres, und damals war es auch eine „deutsche Charlotte Corday" die dem „grauen Sünder" im Bade auflauern wollte. Seitdem ist's nur noch schlimmer geworden, jetzt müssen gar schon drei an den nationalen Spieß des Patrioten Fritsch.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, sei nur noch bemerkt, daß in der sozialdemokratischen Presse kein Wort gestanden hat, das zu den geäußerten Befürchtungen um verschiedene teure Leben auch nur den entferntesten Anlaß gäbe. Das Vorrecht, zum Morde aufzureizen und hierfür den Schutz des § 51 St.-G. in Anspruch zu nehmen, überlassen wir neidlos der Post. Welche geistige Zustände und sittlichen Auffassungen müssen aber im „nationalen" Lager herrschen, wenn man dort solche Narren frei herumlaufen läßt!!?

Nur immer hübsch langsam! Ein Jahr ist der „Blockreichstag" versammelt. Und von 56 beanstandeten Wahlen hat die Wahlprüfungskommission schon ganze 13 erledigt. Wenn sie in diesem Tempo weiter arbeitet, ist begründete Hoffnung vorhanden, daß sie bei Schluß der Legislaturperiode mit den letzten Wahlprüfungen zu Ende sein wird. Es wird dann zwar der eine oder andere Abgeordnete zu Unrecht volle fünf Jahre im Reichstag gesessen haben. Aber was schadet das? Die Kommission hat ja durchaus „ordnungsgemäß" gearbeitet. Zum Galoppieren ist sie doch nicht verpflichtet. Zwar in einem Parlament wie dem österreichischen besteht die Bestimmung, daß binnen eines Jahres alle Wahlprüfungen erledigt sein müssen. Aber was zum Teufel gehen uns die ja notorisch kulturrückständigen Oestreicher an?

Der Hofrat und die Achtgroschenjungen. Am 4. Februar hielt Prof. Dr. Grünberg in der Sozialistischen Gesellschaft zu Wien eine Gedenkrede auf den vor zwei Jahren verstorbenen Rechtslehrer und Sozialisten Anton Menger (weiland Hofrat und Professor der Wiener Universität), wobei er auch auf die charakteristischen Beziehungen des freigesinnten Gelehrten zum preußischen Staate zu sprechen kam. Ende der achtziger Jahre unternahm Menger mehrere große Reisen, um seine Bibliothek des Sozialismus, die reichhaltigste der Welt, zu vervollständigen, und kam so im Jahre 1887 nach Berlin. **Die Polizei erkannte in dem österreichischen Professor einen „gefährlichen Agitator" und hielt ihn unter ständiger Beobachtung.**

Das ist die einzige Beziehung, die der preußische Staat zu diesem berühmten deutschen Gelehrten unterhalten hat. Auf einem preußisch-deutschen Katheder wäre ein Anton Menger, obgleich er ein erbitterter Gegner von Marx war, unmöglich gewesen; dazu war er ein zu guter Demokrat und überzeugter Sozialist. So kam es, daß Menger den preußischen Staat nur in seiner würdigsten Erscheinungsform, nämlich in der Institution der Achtgroschenjungen näher kennen gelernt hat.

Ausland.

Schweiz. Der Fall Kilatschitzki. Wie erinnerlich, wurde vor einigen Monaten der politische Flüchtling Georg Kilatschitzki von der Schweiz an Rußland ausgeliefert. Der Genannte war beschuldigt, die Ermordung des Eisenbahndirektors Iwanows begünstigt zu haben. Iwanow hatte nach dem großen Eisenbahnerstreik zirka 800 Eisenbahner verhaften lassen, die dann nach Sibirien verschickt wurden. Das Schweizer Bundesgericht wollte nicht anerkennen, daß die Ermordung des Iwanows aus politischen Motiven geschehen sei. Der nächste Zweck der Tat sei teils die Befriedigung von Rachegefühlen gegen den Getöteten gewesen, teils sei die Tat in der Absicht geschehen, die Regierung und ihre Anhänger in Schrecken zu versetzen. Der Zusammenhang mit den Endzielen der Partei, der Umänderung der Staatsverfassung und der wirtschaftlichen Organisation sei ein durchaus entfernter und loser. Nach dieser sonderbaren Beweisführung wurde Kilatschitzki ausgeliefert. Am 31. Januar hat nun der Prozeß gegen ihn in Warschau stattgefunden; das Urteil lautet auf sechs Jahre Zwangsarbeit.

Das Oberste Gericht der Freien Schweiz würde nach der oben entwickelten Logik heute auch die Auslieferung Wilhelm Tells an die habsburgischen Schergen verfügen. Denn die Tötung des Landvoigts Geßler durch Wilhelm Tell erfolgte teils in Befriedigung von Rachegefühlen gegen den Getöteten, teils in der Absicht, die Regierung und ihre Anhänger in Schrecken zu versetzen.

Frankreich. Die Marokko-Affäre in der Kammer. In der gestrigen Kammersitzung gelangte die Frage des Abgeordneten Jaurès über die marokkanische Angelegenheit zur Sprache. Jaurès ersuchte den Minister des Auswärtigen um Aufschluß, weshalb General D'Amade nach Settat vorgedrungen und andererseits, ob es richtig sei, daß Abdul Asis die Intervention Deutschlands nachgesucht habe. Der Minister des Auswärtigen, Pichon, erklärte in seiner Antwort: „Wir sind gegen unseren Willen in Casablanca und nur infolge ganz spezieller Ereignisse, wir werden Casablanca nur verlassen, nachdem unsere Rechte, unsere Interessen und unsere Ehre gewährleistet worden sind." Der Minister verlas alsdann die Instruktionen, welche dem General D'Amade erteilt worden sind. Auf das Interventionsgesuch Abdul Asis an die deutschen Vertreter übergehend, teilt der Minister Pichon mit, die deutsche Regierung habe die französische Regierung informiert, daß Abdul Asis durch Vermittlung des deutschen Vertreters in Tanger den Wunsch ausgedrückt, Deutschland möge Frankreichs Aktion in Marokko einschränken. Der Minister fügt hinzu: Nach Erkundigungen, welche wir in Rabat eingezogen haben, dementiert Abdul Asis diese Intervention. Die Sache ist die, daß das marokkanische Gesuch nicht dem deutschen Vertreter in Tanger sondern einem deutschen Kaufmanne, der das Amt eines deutschen Konsuls versieht, unterbreitet worden ist. Die Haltung der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit ist eine vollständig taktvolle gewesen. Die Haltung Muley Hafids ist verständlich, dagegen diejenige Abdul Asis' weniger verständlich. Der Zwischenfall wird hierauf als erledigt betrachtet.

Dänemark. Die staatsanerkannten Arbeitslosenkassen. Im April vorigen Jahres kam in Dänemark bekanntlich ein Gesetz zustande, wonach den Arbeitslosenkassen der Lohnarbeiter aus Staatsmitteln ein Drittel der für ihren Zweck aufgewendeten Gelder ersetzt werden soll, während die Gemeinden außerdem ein Sechstel zuschießen können, so daß in solchem Fall die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird. Die dänischen Gewerkschaften haben sich bereits zum größten Teile mit ihren Arbeitslosenkassen dem Gesetze angepaßt. Ende vorigen Monats waren es 29 gewerkschaftliche Arbeitslosenkassen mit zusammen 76 041 Mitgliedern, die auf den Staatszuschuß reflektieren und die dazu nötige Staatsanerkennung erhielten. Darunter sind Kassen mit wenigen hundert Mitgliedern, aber auch solche mit vielen tausenden, wie die des Arbeitsmannsverbandes, die 27 000 Mitglieder zählt. Selbstverständlich streben die Gewerkschaften nun auch darnach, die kommunalen Zuschüsse zu erhalten, zu deren Leistung die Gemeinden ja nicht verpflichtet, wohl aber berechtigt sind. Das Gewerkschaftskartell von Kopenhagen hat dieser Tage bereits einen solchen Antrag an die Gemeindeverwaltung gestellt. Es handelt sich hier bis jetzt um 30 000 Mitglieder staatsanerkannter Arbeitslosenkassen.

— Zwei Wahlrechtsdeputationen vor dem Reichstag. Am Freitag erschienen vor dem Vorsitzenden der Verfassungskommission und vor dem Präsidenten des dänischen Reichstags erst eine Frauen- und dann eine Männerdeputation, die beide in ihrer Art die Durchführung der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zur Einführung des **staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts,** zur **Ausdehnung des Wahlrechts auf alle mündigen Männer und Frauen** verlangten. Die Frauendeputation, bestehend aus sieben Vertreterinnen des weiblichen Arbeiterverbandes, der sozialdemokratischen Frauenwahlrechtsvereinigung, zweier Brauereiarbeiterinnenorganisationen und zweier Schneiderinnen- und Näherinnenorganisationen, legte zur Unterstützung der Forderung eine von 10 000 Frauen Kopenhagens angenommene Resolution vor. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Anders Nielsen, ein Regierungsliberaler, sagte, daß es seiner Ansicht nach jetzt, da die Frauen und Dienstleute voraussichtlich das kommunale Wahlrecht bald erhielten, nicht angebracht sei, die Forderung des staatsbürgerlichen Wahlrechts so stark in den Vordergrund zu rücken. Persönlich halte er wie seine Partei ein so ausgedehntes Frauenwahlrecht für unmöglich. Auf irgendwelche weitere Aussprache mit den Frauen ließ er sich nicht ein. Dagegen kam es im Zimmer der Reichstagspräsidenten zu einer kleinen Debatte zwischen der Deputation und dem Folkethingspräsidenten Anders Thomsen, einem Liberalen vom selben Kaliber wie Anders Nielsen. Er meinte, daß der Vorschlag kaum in dieser Reichstagssession Gesetz werde, äußerte dann aber, durch verschiedene Einwendungen in die Enge ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080212-11/fragment/page=0002

trieben, seine Sympathie für das Frauenwahlrecht. Als die Genossin Olivia Jansen schließlich sagte: „Wir fordern nichts anderes als die Gerechtigkeit, die uns gebührt", erwiderte er kleinlaut, es hätte keiner erwartet, daß die Frauen so schnell das kommunale Wahlrecht erhalten würden, wie das jetzt der Fall sein werde.

Die zweite Deputation bestand aus drei Vertretern der Sozialdemokratischen Jugendvereinigung. Sie legte eine in 13 Versammlungen angenommene Resolution für die Herabsetzung des Wahlrechtsalters und die übrigen Forderungen des sozialdemokratischen Entwurfs vor, wurde aber an beiden Stellen mit ebenso leeren Redensarten abgespeist wie die Frauendeputation.

Es bestand die Absicht, daß beide Deputationen auch den Ministerpräsidenten Christensen besuchen sollten, dies mußte jedoch bis auf die nächste Woche verschoben werden, da der Minister nicht Empfangstag hatte.

Portugal. Ueber die republikanische Bewegung wird der Frankf. Ztg. aus Lissabon gemeldet: In der Montag-Nacht wird sich hier ein republikanisches Direktorium konstituieren, bestehend aus fünf Mitgliedern, darunter je zwei aus Lissabon und Oporto. Das fünfte, der Präsident ist Professor Bernhardino Machado. Die Aufgabe des Direktoriums soll die Vorbereitung der Verfassung der Republik sein, deren Kommen man baldigst erwartet. Die Republikaner rechnen dabei vielleicht mehr mit den unüberbrückbaren Differenzen und der immer größer werdenden Verwirrung im monarchistischen Lager als mit der eigenen Vollkommenheit. Die republikanische Partei glaubt zuversichtlich, die Monarchie werde kein langes Leben haben und nach einigen weiteren schnell wechselnden haltlosen und unhaltbaren monarchischen Regierungen werde sich die Unmöglichkeit des Fortbestandes des Königstums und damit als einziger Ausweg die Erklärung der Republik ergeben. Dieses alles vollzieht sich noch im Laufe dieses Jahres. So die Meinung der hervorragenden Republikaner in Lissabon.

Zur Revolution in Rußland.

Parteizusammensetzung der Duma. Die dritte Duma setzt sich nach offiziellen Angaben aus folgenden Parteien zusammen:

Extreme Rechte 50, Nationalisten 24, gemäßigte Rechte 71, Oktobristen 154, Progressisten und „friedliche Erneuerer" 29 Polenklub und polnisch-litauischer Klub 18, Kadetten 54, Muselmänner 8, Trudowiki (Arbeitsgruppe) 13, Sozialdemokraten 20, Parteilose 1.

Die Opposition verfügt also höchstens über 148 Stimmen oder 30 Prozent.

Der Schnaps als Staatsstütze. Bekanntlich besteht in Rußland das **Branntweinmonopol,** das ja nun auch in **Preußen-Deutschland** eingeführt werden soll. Da liefert denn die soeben erschienene russische offizielle „Uebersicht der Ergebnisse des staatlichen Branntweinverkaufs im Jahre 1906" manche lehrreichen Ziffern. Der Branntweinverkauf des Staates erstreckt sich im Rechnungsjahre 1906 auf 65 Gouvernements und 10 Distrikte mit einer Bevölkerung von 134,9 Millionen Menschen. Es bestanden 28 341 Verkaufsläden und 2576 Branntweinbrennereien, ferner 444 private Rektifikationswerke, die Spiritus für den Staat destillieren, außerdem 38 Destillierabteilungen an Staatsdepots, 337 Destillatierdepots in Staatsgebäuden, schließlich besteht noch in Petersburg eine spezielle Korkenfabrik. Das Gesamtvermögen des Branntweinmonopols machte 111,5 Mill. Rub. aus; darunter an Mobiliarvermögen 10,2 Mill. Rub., und an Immobiliarvermögen 101,3 Mill. Rub. Zur Vorbereitung der Getränke (Rektifizierung, Abfüllung und Einpackung) wurden 7,9 Millionen Arbeitstage verbraucht. Verkauft wurden im Jahre 1906 — 85,5 Mill. Eimer Branntwein, d. h. 13 Flaschen per Kopf der Bevölkerung. Am meisten trank man in den Gouvernements Petersburg (zirka 35 Flaschen per Kopf der Bevölkerung), Moskau (zirka 37 Flaschen), Irkutsk (28 Flaschen) und im Bezirk Jakutsk (ebenfalls 28 Flaschen).

Die finanziellen Ergebnisse äußerten sich für 1906 in folgenden Ziffern: Die Bruttoeinnahme betrug 698,8 Mill. Rub., die Ausgabe 190,4 Mill. Rub., somit die Nettoeinnahme 596,4 Mill. Rub. Es ist zu berücksichtigen, daß im Vergleich zu 1905 die Bruttoeinnahme um 84,4 Mill. Rub., die Ausgaben um 19 Mill. Rub. und die Nettoeinnahme um 65 Mill. Rub. gestiegen sind. Die Bruttoeinnahme machte für jeden Eimer im Jahre 1906 —8,10 Rub., die Ausgaben —2,23, die Nettoeinnahme —5,93 Rubel aus. — Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen, die vor Einführung des Monopols die früheren Branntweinsteuern und Akzisen geliefert hatten, so bekommen wir ein Verhältnis von 509,2 Mill. Rub. zu 298,6 Mill. Rub., d. h. im Jahre 1906 mehr um 210,6 Millionen Rubel. Hätte jetzt die Steuer am 1.6 August 1900 in Höhe von 4,4 Rub. pro Eimer existiert, so würde der Staat beim jetzigen Konsum 360,6 Mill. Rub. bekommen haben, d. h. um 145,8 Mill. Rub. weniger als er tatsächlich, dank dem Monopol, erhielt; das hätte um 1 Rub. 71 Kop. pro Eimer weniger ausgemacht.

Den Hauptposten der Ausgaben machte natürlich der Ankauf von Spiritus aus. Dank den vom Staate gezahlten hohen Spirituspreisen standen sich die Spiritusbrenner ziemlich gut, und die Zahl der Branntweinbrennereien stieg im Jahre 1906 im Rayon des Monopols um 113. Namentlich werden durch den Spiritusankauf der große Grundbesitz und die großen Brennereien gefördert.

Man sieht, daß es keineswegs leicht wäre, eine so blühende und gewinnbringende Unternehmung zu liquidieren. In erster Reihe kommen hier auch die Interessen der spiritusbrennenden Großgrundbesitzer in Betracht, die die Regierung doch nie in Stich lassen kann. Das Monopol sollte jedoch nicht dazu dienen, das Volk zum Trunk zu verleiten, um die Staatseinnahmen zu verbessern. Was das Volk an Branntwein sparen würde, könnte es für Zucker und Tee, die doch auch versteuert werden, ausgeben, so daß der Staat keine Verluste erleiden würde. Die Brenner sind ja nur aber allzu einflußreich, als daß sie irgendwelche Schädigung ihrer Interessen dulden würden. Weder von der Regierung, noch seitens der jetzigen Dumamehrheit kann man ernste Schritte in dieser Richtung erwarten. Man wird darüber sprechen, man wird sich entrüsten, man wird sogar klagen und mit dem „armen Volke" Mitleid haben, und dann wird die Regierung wiederum Zirkulare versenden, in denen gefordert wird, der Eröffnung neuer Destillationen keine Hindernisse entgegenzusetzen.

Ein neues Knutenprojekt. Das Organ der Schwarzen Hunderte Rußkoje Snamja verkündet nachstehendes Rezept zur Beruhigung Rußlands:

„Außerordentliche Zustände bedingen außerordentliche Maßnahmen. Es müßten Körperstrafen, inkl. Todesstrafe für einige Arten von Verbrechen festgesetzt werden: für Totschlag, Plünderung, Brandstiftung, Anstiftung von Militärrebellen, wie überhaupt Anstiftung zur Widersetzlichkeit gegenüber der selbstherrschaftlichen Gewalt, desgleichen für Fluchtversuche aus dem Gefängnis und Revolten in Gefängnissen und Lehranstalten."

„Es müßten hierbei beispielsweise folgende Grade von Körperstrafen, je nach Alter und Schuld, festgesetzt werden:

1. Grad: 25 Rutenhiebe, ohne Einschränkung der Rechte;
2. Grad: 50 Rutenhiebe, nebst Einschränkung gewisser Rechte;
3. Grad: 75 Knutenhiebe nebst Entziehung aller besonderen Rechte;
4. Grad: 100 Knutenhiebe nebst Entziehung aller Standesrechte;
5. Grad: Todesstrafe."

„Alle diese Strafen müßten in ungeschwächter Weise gegenüber allen Personen, welchen Standes, Berufes und Geschlechtes sie auch seien, angewendet werden. Und ihr werdet sehen, wie schnell sich alles in unserem Lande beruhigen wird."

Diese Ausgeburt einer krankhaften Phantasie, die ihresgleichen nur in den blutrünstigen Wahnvorstellungen der preußisch-deutschen Scharfmacherzeitung Post (siehe die tagesgeschichtliche Notiz: Bebel am Spieß in der heutigen Nummer des Volksblattes) findet, ist abgedruckt in einem Organ, das mehr als einmal die Richtung der inneren Politik Rußlands bestimmt hat.

Das Land ohne Streiks.

So wurde bisher vielfach mit großer Genugtuung die australische Kolonie Neu-Seeland gepriesen. Die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Industrie wurden durch Verhandlungen vor den Einigungsämtern und Schiedsgerichten verhandelt und „geregelt". Das Gesetz wurde im Jahre 1894 geschaffen, nachdem einige große Streiks stattgefunden hatten, durch welche die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen worden war. In der Tat ist man jahrelang mit diesen gewerblichen Schiedsgerichten ausgekommen und es wurde diesen Einrichtungen nachgerühmt, daß ihnen besonders die schnelle Entwicklung und große Prosperität des Landes zu danken sei. In den letzten zwei Jahren haben aber trotz des Gesetzes, das den Streik verbietet, eine Reihe von Ausständen und zwar im Schneidergewerbe, Transportgewerbe, bei den Bäckern, Schlächtern usw. stattgefunden. Die Verhängung von Strafen wegen Beteiligung an Streiks bis zu 100 Mark in einzelnen Fällen auch von Gefängnisstrafen haben nichts genützt und die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem Gesetz wird immer größer.

Es wird auch immer offenbarer, daß die Annahme, dieser Friede im Gewerbe habe die Prosperität der Industrie hervorgerufen, falsch ist, die Gründe hierfür liegen ganz wo anders. Die junge Kolonie konnte große Massen gefrorenen Hammelfleisches nach Europa ausführen, erhielt für Schafwolle, Butter, Milch, Getreide, kurz alle landwirtschaftlichen Produkte hohe Preise. Dies beeinflußte selbstverständlich die Entwicklung der Industrie in sehr günstiger Weise. Auch ohne das Anti-Streikgesetz hätte die Entwicklung diese Bahnen genommen. Die Unternehmer konnten infolgedessen den höher gehenden Ansprüchen der Arbeiter bisher auch meist nachkommen. Je mehr aber die junge Kolonie in das Fahrwasser großkapitalistischer Entwicklung gelangt, desto größer werden in dieser Beziehung die Schwierigkeiten: Die Grundrente ist gestiegen, Kapitalisten, Spekulanten, Zins- und Dividendenempfänger nehmen ihren Anteil von den Erträgnissen der Arbeiter vorweg.

Das Gesetz über die Einigungsämter und Schiedsgerichte befriedigt also nicht mehr; dem Parlament von Neu-Seeland liegt, wie wir einem australischen Arbeiterblatte entnehmen, zurzeit eine Novelle vor, welche unter Aufhebung der Einigungs- und Schiedsämter die Errichtung von Gewerbeschiedsämtern vorsieht. Diese sollen aus drei Unternehmern und drei Arbeitern zusammengesetzt sein, die in dem betreffenden Gewerbe beschäftigt sind oder beschäftigt waren, in welchem die Differenzen ausgebrochen sind. Ein unparteiischer Vorsitzender soll von den Vertretern gewählt bezw. vom Gouverneur ernannt werden. Damit glaubt man den Mißstand beseitigen zu können, daß die Urteile der Einigungsämter, die mehr zugunsten der Arbeiter ausfallen, durch die höhere Instanz, das Schiedsgericht, wieder aufgehoben werden können. An dem letzteren wirken gelehrte Richter mit. Die Gefängnisstrafen, deren Verhängung unter den Arbeitern viel böses Blut gemacht hat, soll beseitigt werden. Dafür sollen die im Gesetz vorgesehenen Geldstrafen mit größerem Nachdruck eingetrieben werden, die auf Grund dieses Gesetzes über Arbeiter verhängten Geldstrafen vom Lohne abzuziehen und zwar bis zur Höhe von 25 Prozent vom jeweiligen Wochenlohn. Gegen diese Bestimmung herrscht in den Kreisen der Arbeiter große Opposition. Ferner ist noch eine andere Bevormundung der Arbeiter geplant; man will in das Gesetz eine Bestimmung hineinbringen, wonach die Gewerkschaftsbeamten aus denjenigen Gewerben hervorgegangen sein müssen, bei deren Berufsorganisationen sie angestellt werden. Die Wünsche der Arbeiter, sofern diese nicht auf eine gänzliche Beseitigung des Gesetzes hinauslaufen, gehen vor allem dahin, eine schnellere Rechtsprechung zu erzielen und einen größeren Anteil am Produkt zu erhalten, den sie durch ihre Arbeit herbringen. Bei dem gegenwärtigen Verfahren vergeht häufig ein Jahr und darüber, bis die dem Gericht unterbreiteten Differenzen ihre endgültige Erledigung finden. Um einen größeren Anteil am Produkt ihrer Arbeit zu erhalten, werden die Arbeiter von Neu-Seeland freiwillig andere Mittel in Anwendung bringen müssen. Um diesen sich zu sichern, müssen sie die Beseitigung des kapitalistischen Systems überhaupt als ihr Ziel ins Auge fassen. Und diesen Weg zum Kapitalismus werden auch die Neuseeländer Arbeiter finden, die steigende kapitalistische Entwicklung wird sie dahin drängen.

Volkswirtschaftliches.

Der Zusammenbruch des Bankhauses Friedberg. Die Zahlungseinstellung des Bankhauses Siegmund Friedberg, von dem wir in der Sonnabendnummer kurz berichteten, rief in den Börsenkreisen keine besondere Ueberraschung hervor, man beurteilte die Geschäftstätigkeit der fallierten Firma niemals günstig, obwohl oder gerade weil über die finanziellen Grundlagen dieses Unternehmens nie eine Klarheit bestand. Einige Handelsblätter hatten über das Geschäftsgebahren des jetzt geflüchteten Bankiers vor Jahren abfällig geurteilt und Warnungen auszusprechen versucht, doch weiterhin fehlte es an Beweisen, um gegen ihn den Vorwurf schwindelhaften Treibens begründen zu können. Noch immer ist eine genaue Uebersicht über die Lage des Friedbergschen Bankgeschäftes und der von ihm gegründeten Unternehmung nicht zu erlangen. Nach einer Schätzung betragen die Schulden Friedbergs etwa 2½ Mill. Mk. Leidtragende sollen Berliner und auswärtige Privatleute sein; kleine Kapitalisten dürften stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Ob Depotsunterschlagungen erfolgt sind, ist bis zur Stunde nicht festgestellt, der Kassierer soll den Depotgläubigern die Versicherung gegeben haben, daß, soweit es sich bis jetzt übersehen lasse, alle hinterlegten Depots vorhanden seien.

Friedberg hat in den letzten Jahren große Summen im Hypothekenverkehr verdient, die Gewinne wurden jedoch von den von ihm finanzierten Gründungen verschlungen, außerdem trieb der jetzt 30jährige Mann ein wahnsinnig verschwenderisches Leben. Der weitaus größten Teil der Gelder dürfte in seinen beiden letzten Gründungen, der Automobil-Zentrale A.-G., und der Berliner Verlagsdruckerei A.-G., verspekuliert worden sein. Die Gründung der Verlagsdruckerei geschah zu dem Zweck, das von Friedberg herausgegebene Finanzblatt, **Der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt,** das seit Jahren wöchentlich zweimal erschien, in eine Tageszeitung umzuwandeln. In dieser Gründung erblickte der gewissenlose Spekulant wahrscheinlich die Möglichkeit einer Rettung, das aber mißglückte und mißglücken mußte. Mit Recht wird gegen die Verquickung von Bankgeschäft und Handelsblatt scharfe Kritik erhoben, doch es wäre ungerecht, zu behaupten, daß das Finanzblatt, dessen Herausgeber Friedberg war, zu Spekulationen anreizte und in seinem redaktionellen Teile auf Täuschung der Leser bedacht war. Die Artikel dieses Blattes zeichneten sich im Gegenteil durch eine Sachlichkeit aus, die in vielen Handelsblättern nur zu sehr zu vermissen ist. Auch der „Briefkasten" des Blattes, in dem Auskünfte über die verschiedenen Aktien usw. erteilt wurde, zeichnete sich, wie unabhängige Kritiker erklären, durch Vorsicht aus, er soll zu Angriffen kaum Veranlassung gegeben haben. Nichtsdestoweniger diente das Blatt dazu, um Kunden für das Bankgeschäft des Herausgebers zu ködern. Friedberg sah wohl gerade in der Sachlichkeit des Blattes den Weg, das Vertrauen der Leser und Kunden zu gewinnen, um es dann um so schlimmer zu mißbrauchen.

Die bürgerliche Presse wird gut daran tun, sich jetzt anläßlich des Falles Friedberg auch der zahlreichen anderen Ehrenmänner zu erinnern, die dasselbe Gewerbe treiben. Die sozialdemokratische Presse hat jüngst darauf hingewiesen, daß die Beratung des Börsengesetzes die günstige Gelegenheit biete, die Korruption zahlreicher Börsen- und Finanzblätter zu untersuchen, deren Treiben nicht minder gefährlich ist als das des zusammengebrochenen und geflüchteten Friedberg. Es wird auch notwendig sein, die Praktiken anderer Bankgeschäfte zu beleuchten, die ihre Kunden durch bewußt falsche Meldungen zum Ankauf von Aktien verleiten, die systematische Raubzüge auf die Taschen mit dem Börsengetriebe unbekannter Leute vollführen, die aber kein Staatsanwalt schreckt, weil sie den Betrug nicht in Form von Depots unterschlagen und ausüben. Die laute Entrüstung über Friedberg darf nicht dazu dienen, die Aufmerksamkeit von diesem Schaden abzulenken.

* * *

Mittlerweile ist auch der Stellvertreter Friedbergs, der Direktor der Automobil-Zentrale, Friedrich Bohn, flüchtig geworden. Bohn hat am Sonnabend 50 Hundertmarkscheine der Kasse entnommen, ist dann mit seinem Automobil, das einen Wert von 40 000 Mark haben soll und das ihm als Direktor der Automobil-Zentrale zur Verfügung stand, fortgefahren und ist, nachdem er sich vorher noch in einem bekannten Weinrestaurant am Kurfürstendamm gestärkt hatte, verschwunden. Montag vormittag sollte eine Aufsichtsratssitzung der Automobil-Zentrale stattfinden, man wartete vergeblich auf den Direktor Bohn, der die Bücher vorlegen und der auch eine Auskunft über die Depots, die Friedberg hatte, geben sollte. Bohn ist ein junger Mann von 26 Jahren. Auch seine Freundin, die Tochter eines Angestellten der Automobil-Zentrale, ist gleich ihm von Berlin verschwunden.

Aus dem Reiche.

Posen. Bei einem Brande in der Lorenzstraße erstickten eine Witwe und ihr einjähriges Kind; eine andere Witwe und deren 20jährige Tochter sind schwer an Rauchvergiftung erkrankt. Beim Sprunge aus dem Fenster wurden ferner eine Frau und eine 27jährige Arbeiterin schwer verletzt.

Königsberg. Eisenbahnunfall. Am Montag früh fuhr eine Leermaschine von Baitkowen bei der Einfahrt in den Bahnhof Neuendorf an den dort im Schnee festgekommenen Zug 361. Die Maschine und sämtliche Wagen sind beschädigt. Zwölf Personen sind verletzt, ein Reisender und ein Heizer schwer. Die Strecke Lyck-Johannisburg ist bis auf weiteres durch Schneeverwehung gesperrt.

Essen. Großfeuer brach Montag früh in dem von sechs Familien bewohnten Hause der Zeche Kerl in Altenessen aus. Eine Frau sprang aus dem Fenster und blieb tot liegen. Ein Mann büßte das Augenlicht ein. Das Haus brannte vollständig nieder.

Recklinghausen. Bergarbeiterrisiko. Am Sonnabend bohrte auf Zeche König Ludwig ein Bergarbeiter eine alte im Gestein steckende Sprengpatrone an. Die Patrone explodierte. Ein Bergmann wurde getötet, zwei schwer und einer leicht verletzt.

Mannheim. Ein folgenschwerer Streit spielte sich in der Montag-Nacht in der Wohnung der Witwe Bauder im Vororte Neckarau ab. Der Liebhaber der Tochter, Fraeier aus Flötzendein, geriet in Streit mit einem Nachbar und verletzte diesen durch einen Revolverschuß. Als die Witwe die Gegner trennen wollte, feuerte er abermals einen Schuß ab, durch welchen die Frau schwer am Unterleib verletzt wurde. Es ist fraglich, ob sie mit dem Leben davon kommt.

Briefkasten der Redaktion.

Eisleben. Wenn der fragliche Artikel durch Sie eingesandt worden wäre, hätte seiner Aufnahme wohl kaum etwas entgegengestanden. G. soll sich mit dem zweiten an Sie wenden, dann werden wir nichts dagegen haben.

Lauchhammer. Bericht der Metallarbeiter-Versammlung vom 3. d. ist leider nicht verwendbar.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Halle: Sozd. Verein, Donnerstag, 13. Februar.
Ammendorf: Sozd. Verein, Sonnabend, 15. Februar.

Quittung.

Zeitz. Für die Gründung eines eigenen Parteiblattes gingen ein: Vom gemütlichen Abend Concordia-Waldhorn 5.— Mark.
A. Leopoldt.

Luckenau. Für die Parteipresse: Ueberschuß vom Kleinschmaus 10.— Mark.
Fr. Hundt.

Bornitz. Zur Gründung eines eigenen Parteiblattes gingen ein: Liste 811 9.65, 812 leer, 813 5.—, 814 1.30, 815—817 stehen aus, 818 2.—, 819 1.70 820 2.35 Mark.
E. Beyer.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190802 12-11/fragment/page=0003

Für jede sparsame Hausfrau.

M. BÄR.

Diese Woche Sonderpreise

Mandelseife	Stück 6 Pf.	Butterbrotpapier	Karton 20 10 Pf.	Glycerinseife	Stück 10 5 Pf.	Fensterleder	75 50 25 Pf.
Lanolinseife	Stück 18 Pf.	Toilettenpapier	Rolle 18 u. 9 Pf.	Blumenseife	Stück 15 10 4 Pf.	Fensterschwämme	Stück 25 Pf.
Pollertücher	Stück 25 u. 15 Pf.	Reissnägel	Karton 22 u. 7 Pf.	Lilienmilchseife	Stück 8 Pf.	Kerzen in lose	Stück 8 u. 6 Pf.
Oranienb. Kernseife	Riegel 28 Pf.	Küchenspitze	Rolle 15 u. 10 Pf.	Moschusseife	Stück 7 Pf.	Bunte Ren.-Kerzen	6 Stück 48 Pf.
Seifenpulver	3 Pakete 10 Pf.	Fussbodenöl	Flasche 62 Pf.	Hyacinthenseife	Stück 15 Pf.	Zahnstocher	5 Pakete 10 Pf.
Bleichsoda	Paket 8 Pf.	Meyers Putzcrem	Flasche 18 8 Pf.	Veilchenseife	Stück 18 Pf.	Scheuertücher	32 18 9 Pf.
Emailleputz	18 u. 9 Pf.	Geolin	Flasche 45 u. 25 Pf.	Borax	Karton 48 18 9 Pf.	Fussmatten	45 32 22 Pf.
Ofenschwärze	Dose 25 und 9 Pf.	Sirroco	bester Schuhcreme Dose 28 17 und 10 Pf.	Borax	lose Pfd. 32 Pf.	Kleiderbügel	4 Stück 10 Pf.
Bohnerwachs	Dose 42 u. 35 Pf.	Magnet	best. Schuhcrem Dos. 8 Pf.	Schweden	3 Pakete 20 Pf.	Hosenstrecker	vernickelt 25 Pf.
Glühstoff	Paket 22 Pf.	Wichse	3 Dosen 10 Pf.	Haushaltseife	2 Stück 15 Pf.	Put.-Kleiderbügel	kompl. 48 Pf.
Feueranzünder	Paket 7 u. 5 Pf.	Putzpomade	4 Dosen 10 Pf.	Elfenbeinseife	Stück 10 Pf.	Aermelbügelbretter	48 42 Pf.
Putzsteine	Stück 8 Pf.	Waschblau	5 Beutel 10 Pf.	Schmierseife	Pfund 20 Pf.	Glühkörper	25 15 9 Pf.

Markttaschen extra groß 65 45 25 **18** Pf. — **Marktnetze** 88 58 **42** Pf. — **Wäscheklammern** Schock **6** Pf. — **Ausklopfer** 58 48 22 **9** Pf.

Beachten Sie unsere Schaufenster. — Rabattmarken auf alle Waren.

Molkena

Milch-Kakao mit Zucker.

Bekömmlich für Alt und Jung
Nahrhaft f. Kinder, Kranke u. Rekonvaleszenten
Billig und stets fertig zum Gebrauch.

Fabrikat: **Gebr. Stoltwerck, A.-G.,** Köln a. Rh.

Zu haben in allen, durch Plakate und Prospekte gekennzeichneten Geschäften.

General-Vertreter: **Alfred Gebitsch, Halle a. S.**

Sonder-Angebot!
(Nur diesen Monat gültig).
Jackett-Anzüge
ohne Unterschied nur
2.50
— tadellos chemisch gereinigt. —
Galgenberg.
Eigene Läden: Geiststr. 36, Gr. Ulrichstr. 32, Gr. Steinstr. 53, Schmeerstrasse 6, Steinweg 25, Fernsprecher 595.

Soziald. Verein für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag, den 13. Februar abends 8½ Uhr im „Volkspark"

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. **Vortrag** über: **Republik u. Monarchie.**
2. **Vierteljahresbericht und Verschiedenes.**

Der Vorstand.

Allen Parteigenossen
von
Körbisdorf, Naundorf, Frankleben, Benndorf, Neumark, Geissrölitz, Kämmritz, Lützkendorf u. Krumpa
zur Nachricht, daß ich das **Austragen des Volksblattes** übernommen habe.
Bestellungen auf alle Parteischriften nehme jederzeit entgegen.
Hochachtungsvoll
Louis Zimmermann, Körbisdorf.

Detail-Verkauf von
Fabrik-Resten
in Kleiderstoffen, Baumwoll- und Leinen-Waren
enorm billig.
C. Wilh. Schrader.
Leipzigerstr. 17
eine Treppe — kein Laden

Dresdner Felsenkeller-Biere

behaupten ihren seit über einem halben Jahrhundert erworbenen

guten Ruf.

Geschäfts-Eröffnung.

Unseren werten Kunden, Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß wir im **Neubau Pfännerhöhe- und Turmstraßen-Ecke** eine

Rossschlächterei, Restaurant und Speisewirtschaft

eröffnet haben. Für **gute Speisen, Getränke** u. ff. **Freybergbräu** werden wir stets sorgen und bitten wir, uns in unserem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
K. Eckhardt u. Frau.

Günstige Gelegenheit für Bücherfreunde.

Dr. P. v. Glzycki's, Fragmente zur Ethik und Psychologie.
Grundprobleme statt 10 M. nur **4.50 M.**
Gut und Böse statt 10 M. nur **4.50 M.**
G. v. Schweiger-Lerchenfeld. Frauenleben der Erde nur **4.00 M.**
Der Orient nur **5.00 M.**
Fr. Umlauft, Die Alpen nur **4.00 M.**

Alle Bände sind prachtvoll gebunden.
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Sozialdem. Verein, Distrikt Ammendorf.

Donnerstag den 13. Februar abends 8½ Uhr im „Burgschlößchen" in Burg bei Radewell

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. **Vortrag** des Gen. **R. Kochanski-Halle:** „Unsere Parlamente". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Naturheilverein I, Halle-N.

Sonnabend d. 15. Febr. abends 7 Uhr im „Zoologischen Garten"

19. Stiftungsfest,

verbund. m. Konzert, Theater u. Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Zeitz. Bürger-Erholung. Zeitz.

Sonntag den 16. Februar

gr. Volks-Maskenball.

Max Bernstein,
Ecke Angerweg u. Seebenerstraße, — am Zoologischen Garten, —
verkauft

Zucker, scharfkörnig	à ℔ 20	₰
Salz	„ 10	„
Gar. rein. **Schweineschmalz,** schneeweiß	„ 50	„
Heringe, groß u. fettfleischig	6 Stck. 30	„
Soda	4 ℔ 15	„
Schweden	à Paket 8	„
Feinst. **Tafelmostrich**	à ℔ 20	„
Petroleum	à Liter 18	„

Seifen billiger.

Gutkoch. Hülsenfrüchte.
Besonders empfehle meine in eigener Rösterei gebrannten vorzügl. **Kaffees.**
Berl. Mischung, gut und reinschmeckend à ℔ 1.—
Andere Mischung. à ℔ 1.20—2.—
Selbstgeschlachtete
Fleisch- u. Wurstwaren.
Alle anderen hier nicht aufgeführten Waren, liefere ebenfalls **gut und preiswert.**

Stadt-Theater Halle
Direktion: Hofrat **M. Richards.**
Mittwoch den 12. Februar:
144. Ab.-Vorstellung. 4. Viertel. Umtauschkarten ungültig.
Novität! Novität!
Zum 9. Male:
Mit vollständig neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen
Ein Walzertraum.
Operette in 3 Akten v. O. Straus. Anf. 8 Uhr. Ende vor 10 Uhr
Donnerstag den 13. Febr.: Anfang 7 Uhr:
145. Ab.-Vorstellung. 1. Viertel Umtauschkarten ungültig.
Zum Andenken an den 25. Todestag R. Wagners.
Benefiz für Kapellmeister Eduard Mörike.
Götterdämmerung.
Dritter Tag aus der Trilogie: „Der Ring des Nibelungen".

Süssmilch's
Walhalla-Theater.
Heute, Dienstag, abds. 8 Uhr
Elite-Maskenball.
Ab morgen, Mittwoch, wieder jeden Abend 8 Uhr
Gastspiel
d. amerikan. Detektiv-Company
Nick-Carter
Deklam. Szenerie u. Schaustellung
V. amerik. Verbrecher-Typen
mit **Willy Bruckmann** a. G.
Morris, der Verbrecherkönig.
Edi Blum, Humorist.
Lola Lieblich, Wiener Humorist
Saffira Pradyath.
„Die Verbrennung d. indischen Witwe des Rajah"
auf offener Bühne
unt. Mitwirkung d. indischen Sängers **„Segon Neville".**
Jeden Mittwoch nachm. 4 Uhr:
Familien-Vorstellung.
Erwachs. 20 Pf. Kinder 10 Pf.
Vorverkauf im Theaterbureau und bei
Rud. Mosse, Brüderstr. 4.

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller.**
Gastspiel des
Berl. Apollo Ensembles
Allabendlich Punkt 8 Uhr:
Die Liebesfestung.
Baudeville in 3 Akten v. Bogumil Zepler.

Papier- u. Pappenabfälle
kaufen jeden Posten
Kl. Brauhausstr. 20.

Am 9. Februar abends 8¼ Uhr entschlief nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere sorgsame Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter **Christiane Schmidt geb. Petersohn** im 59. Lebensjahre.
Dies zeigen allen Bekannten und Verwandten mit der Bitte um stilles Beileid an
Zeitz. Der tieftrauernde Gatte **Anton Schmidt n. Hinterbl.**
Die Beerdigung sind. Mittwoch nachm. 4 Uhr vom Trauerhause, Brauhstraße 5, aus statt.

Schon seit 1887
werden alle **Reparaturen** an **Uhren und Musikwerken, Kunst- u. Schmuckgegenständen, Brillen, Klavieren** usw. sauber und billig ausgeführt bei
Rich. Ketscher, Uhrmacher,
Halle a. S., Sternstrasse 11.

Rossfleisch.
Nur **prima Ware,** sowie alle **hochfeinen Wurstwaren,** jeden Abend die **bekannte ff. Warme.**
M. Behnert, Weißenfels.
Rossschlächterei und Wurstfabrik.
Wiederverkäufer: **Buch,** Pützen, Rossenkranz, Teuchern u. Vogel in **Freyburg.**

Weissenfels.
Weißnäherei u. Stickerei führt sauber aus
Frau Pfannschmidt,
Sauerstr. 9.

Waschgefäße
dauerh., b. Zander, Gr. Klausstr. 12.
Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß heute Nachmittag 2½ Uhr unser lieber

Kurt

im Alter von einem Jahr nach kurzem, aber schwerem Leiden verschieden ist.

Weißenfels d. 10. 2. 08.

Fritz Haushälter und Frau.

Nur Karl Koch's Nährzwieback
kommt seiner Zusammensetzung u. Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend u. gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; **man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen,**
nur Karl Kochs Nährzwieback Marke „Kr. 1."
Zu haben in 10-, 20-, 35- u. 60 Pfg.-Tüten in den Apotheken, Drogerien, Kolonialwarenhandlungen und in den bekannten Kochstellen.

Laden Jägergasse 2, unmittelbare Nähe Gr. Ulrichstr. per 1. April eventl. früher, billig zu vermiet. Näheres **Kl. Ulrichstraße 26.**

Makulatur
zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080212-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 36. Halle a. S., Mittwoch den 12. Februar 1908. 19. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, den 10. Februar, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Steckner.

Eingänge: In einer Eingabe teilt der Magistrat mit, daß er bedauere, dem Ortsstatut, betreffend die Straßenreinigung, nicht beitreten zu können. Das ist nichts neues; die Versammlung nimmt aber Kenntnis davon. — Die Stadtverordneten Giese und Reiling teilen ihren Austritt aus der Museums-Deputation mit. — Eine Hamburger Bahngesellschaft hat in einer Eingabe Schutzvorrichtungen zur Verhütung von Unglücksfällen an den elektrischen Straßenbahnwagen empfohlen. Bürgermeister v. Holly meint, erstens empfehle sich die Schutzvorrichtung nicht und zweitens habe der Magistrat keinen dahingehenden Einfluß auf die Gesellschaft. Das Kollegium erledigt die Angelegenheit durch Uebergang zur Tagesordnung. — In einer ministeriellen Verfügung wird geklagt, daß die Berichte ergeben hätten, die Besoldung der städtischen Beamten lasse zu wünschen übrig und es empfehle sich eine bessere Besoldung. — Stadtv. Schmidt sagt: Für uns und eine Reihe anderer Städte ist die Sache erledigt. Hier hat man die Bezüge erhöht. Ich möchte aber dem preußischen Staat und dem Reich, das durch seine Wirtschaftspolitik die Erhöhung der Besoldungen provoziert hat, den Rat erteilen, auf diesem Gebiet voranzugehen.

Stadtv. Emmer: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Minister auch die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter, die unter derselben Wirtschaftspolitik zu leiden haben, befürwortet. Aus der Verfügung scheint das nicht hervorzugehen. Geht der Minister in seiner Verfügung nicht so weit, so müssen die Städte darauf hinwirken, für die Arbeiter das Notwendige herauszuschlagen. Da haperts aber gewöhnlich. (Siehe Gasarbeiter). — Stadtv. v. Blume erklärt, daß der Minister sich nur um die Beamtenbesoldungen kümmere, daß die Besoldung der Arbeiter aber Sache der Städte wäre. Die Angelegenheit wird gleichfalls durch Kenntnisnahme erledigt. — Seitens unserer Parteigenossen ist jedem Teilnehmer des Kollegiums ein Bogen mit der Rede des Stadtrats Dr. Leoni über:

Die Aufgaben der Städte als Arbeitgeber

zugestellt worden. Die Stadtväter finden darin, wie ein Bürgerlicher auf dem christlich-sozialen Kongreß in Stuttgart für die Forderungen der Gasarbeiter eintrat.

Eine Petition des Herrn Henn als Vertreter des Ortskrankenkassen-Verbandes wünscht, der geplanten Erhöhung der Transportkosten für Benutzung des Krankentransportwagens die Zustimmung zu versagen. Mit dieser Angelegenheit soll sich nächstens der Etat-Ausschuß beschäftigen. — Der sogen. Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband ladet zu einer Kongreßvorstellung zum 8. März in den Thaliasälen ein. — Ein Herr Fischer, Kontorist, beklagt sich in einer Petition über die Sonntagsarbeit. Die Kontoristen würden dadurch der Kirche ferngehalten. Das Kollegium ging, jedenfalls zum Schmerze des Petenten, über die Angelegenheit zur Tagesordnung über. — Die Hallesche Turnerschaft ladet zu einem Vergnügen am 15. Februar ein. — „Das ganze Kollegium" wird vertreten sein. — Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Die Festsetzung des Stadt-Haushaltsplanes für 1908 führte zu einigen Debatten. Das Kapitel „Grundvigentum" wurde bald genehmigt. Im Kapitel „Allgemeine Verwaltung" kritisiert Stadtv. Döhler eine Position für Anbringung von Blitzableitern auf den Schulen. Er fragt an, ob diese nachträgliche Forderung mit der Selbstversicherung der Stadt gegen Brandschäden in Verbindung stehe? Es wird dem Fragesteller von dem Lehrer Meyer mitgeteilt, daß die Blitzableiter allgemein im Interesse der Kinder und Lehrer notwendig wären.

Ueber das Kapitel Polizei-Verwaltung und Nachtragsantrag dazu referierte Stadtv. Engelcke. Er findet die Polizei ganz schön und beantragt, dem Wunsche des Magistrats, sieben Sergeanten zur Bildung eines 9. Reviers zu bewilligen, stattzugeben.

Stadtv. Osterburg: Die Ausgaben für Polizei steigen von Jahr zu Jahr. Jetzt ist ziemlich eine Million pro Jahr erforderlich und es werden wiederum sieben Polizisten zur Bildung eines neuen Reviers verlangt. An sich ist die städtische Polizei schon um 100 Prozent teurer als die königliche. Dies hängt auch damit zusammen, daß unsere Polizei vielfach zu Dingen verwendet wird, wozu sie nicht verwendet werden darf. Wie kommt die Polizei dazu, im Interesse des Unternehmertums Streikbrecher zu werben? Gelegentlich des Gasarbeiterstreiks hat sogar ein Polizist der Frau eines Streikenden Streikbrecher-Verhaltungsmaßregeln in das Notizbuch ihres Mannes eingetragen. Wohin soll denn das eigentlich noch führen? Außerdem möge man berücksichtigen, daß ein neues Reichsvereins-Gesetz kommt, wodurch die Polizei entlastet werden dürfte. Unter den 4000 Strafbefehlen wegen Straßenreinigungspflicht, die im abgelaufenen Jahre erlassen worden sind, werden sich viele befinden, die nicht unbedingt notwendig waren. Kann man es da den Hausbesitzern übelnehmen, wenn sie sich weigern, bei der Straßenreinigung noch mitzumachen. Redner beantragt die Streichung der geforderten sieben Polizisten und wendet sich weiter gegen die Position „Kundschaftergebühren", die allerdings von 1500 Mk. auf 1000 Mark herabgesetzt worden ist. Wie kommen wir aber dazu, 1000 Mk. zu bewilligen für einen Zweck, über den nicht Rechnung gelegt wird? In Berlin gelegentlich der Straßendemonstrationen hat es sich herausgestellt, daß agents provocateurs unter die Demonstranten gegangen sind und provoziert haben. Diese Lockspitzel könnten auch hier schließlich durch Kundschaftergebühren ausgehalten werden. — Der Magistrat antwortete nicht.

Nachdem sich Stadtv. Helmecke über die nicht funktionierende Müllabfuhr beschwert hatte, wurden die Anträge Osterburgs abgelehnt und dann genehmigte man das Kapitel.

Zum Kapitel Kirchenwesen gab Stadtverordneter Gerig die Erklärung ab, daß er und seine Freunde gegen dieses Kapitel stimmen würden.

Ohne längere Debatten wurden genehmigt im Kapitel Schul- und Bildungswesen die Teile: Gymnasium, Oberrealschule und Höhere Mädchenschule. — Dem Antrage: „In Erwägung zu ziehen, ob für auswärtige Schüler an höheren Schulen ein höheres Schulgeld zu entrichten ist," wurde zugestimmt. Auch dem Kapitel Mittelschulen wurde debatteios zugestimmt.

Im Kapitel: Evangelische Volksschulen berichtet der Referent Stadtv. Meyer, daß eine Vermehrung der Schulen infolge der steigenden Frequenz notwendig ist. Es sollen 100 000 Mk. für Schulneubauten in den Etat eingestellt werden. — Stadtv. Döhler möchte zunächst erst 50 000 Mk. bewilligen. Hiergegen wendet sich Stadtv. Osterburg, der für Inangriffnahme weiterer Schulbauten eintritt. Die sogen. fliegenden Klassen müssen beseitigt werden; der Zustand, „68 Schüler in einer Klasse", — das komme noch vor — müsse beseitigt werden. — Stadtschulrat Brendel tritt ebenfalls mit Wärme für Hebung der Schulen ein und bat um Bewilligung der 100 000 Mk. Das geschieht. — Für Schulfeiern, wie z. B. bei Sedanfesten, Kaisers Geburtstag usw. werden 1000 Mk. zu Dekorationen usw. verlangt. Das Kollegium streicht diesen Betrag, aber nicht etwa aus „Antipatriotismus", sondern weil einige Herren der Meinung sind, daß das Geld auch durch Sammlungen von den Kindern aufzubringen ist. Schulmänner vertreten jedoch den vernünftigen Standpunkt, zu solchen Spenden könne niemand gezwungen werden. Für die Haftpflichtversicherung der Lehrer wurden 1209 Mk. in den Etat eingestellt. Darauf wurde das Kapitel genehmigt.

Ohne wesentliche Debatte genehmigt wurden dann die Kapitel: Katholische Volksschulen, Hilfsschule, Sonstige Schullasten, Handwerkerschule, Allgemeine Fortbildungsschule, Kaufmännische Fortbildungsschule, Handelsschule für Mädchen und Armenwesen.

Zugestimmt wurde der Regelung der Pensions- und Hinterbliebenen-Versorgungsverhältnisse der Feuerwehrbeamten, sowie der Genehmigung eines zweiten Nachtrages zur Gebührenordnung für den städtischen Schlacht- und Viehhof. — Petition der Gasarbeiter (siehe: Lokalen Teil). Erst ½9 Uhr abends erreichte die Sitzung ihr Ende.

Halle und Saalkreis.

Halle, 11. Februar 1908.

Aus dem Stadtparlamente.

Die Petition der Handwerker und Arbeiter der städtischen Gasanstalten wegen Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, war in sozialer Beziehung wohl der wichtigste Punkt der gestrigen Tagesordnung. Die Tribünen-Besucher hielten bis zum Schluß der Sitzung aus; wer da aber glaubte, es würde sich außer den vier Sozialdemokraten, dieser oder jener Bürgerlicher der Sache der Streikenden annehmen, der hat sich geirrt. Dr. Rive hat recht behalten: Außer den vier Sozialdemokraten hat sich niemand für die Gasarbeiter ins Zeug gelegt.

Stadtv. Greßler als Referent des Petitions-Ausschusses versuchte darzulegen, daß, wenn die Wünsche der Petenten erfüllt würden, die Geschichte der Stadt allein für das Gas- und Wasserwerk 96 298 Mk. — also auf Heller und Pfennig ausgerechnet — kosten würde. Man müsse aber noch hinzurechnen, daß dann die Arbeiter des Elektrizitätswerkes, des Bauamtes und des Schlacht- und Viehhofes mit gleichen Forderungen kommen würden. Deshalb wäre man sich im Petitions-Ausschuß einig gewesen, die Petenten ablehnend zu bescheiden. Die städtischen Arbeiter würden alle gut (?!?) bezahlt und die städtischen Betriebe wären gewisse „Musteranstalten". (!!!) Da werde Kaffee verabreicht (Zuruf: Auch Kuchen!) und was werde nicht alles in Wohlfahrt gemacht: „Urlaub, Pensionierung nach zehn Jahren, Unterstützung bei Krankheiten, Achtstundenschicht usw." Merkwürdig sei, daß von den Streikenden 73 erst in den letzten zwei Jahren dort in Arbeit getreten seien. Die Petitionskommission empfehle **Uebergang zur Tagesordnung über die Angelegenheit.**

Der christliche Werkzeugmeister Kühme machte den Versuch, darzulegen, als wenn die Arbeiter nicht gleich an die richtige Schmiede gegangen wären. Die Zahlen böten gar kein Bild darüber, ob die städtischen Arbeiter gut oder schlecht bezahlt würden. Die Ablehnung der Petition sei zu bedauern. Dabei stimmte aber Herr Kühme nachher selber für die Ablehnung. Auch eine Konsequenz.

Genosse Osterburg wies zunächst darauf hin, daß die Arbeiter sehr wohl den Instanzenweg innegehalten haben. Sie sind von dem Betriebsführer zu dem Direktor, dann an das Kuratorium und erst zuletzt an das Kollegium gegangen. Es sei ein etwas starkes Stück, Betriebe, in denen Tagelöhne von 2,80 Mk. und 3,30 Mk. gezahlt werden, als „Musteranstalten" hinzustellen. Für neun Magistratsmitglieder hat man innerhalb der letzten zwei Jahre 12 000 Mk. Teuerungs-Zulagen bewilligt. Durch die Reichspolitik, den Zollwucher usw. werden dem Arbeiter erst die Lebensmittel verteuert und wenn er dann zur Abwehr greift, dann wird ihm der wirtschaftliche Kampf nach jeder Richtung hin erschwert. Daß heute an Stelle der Stunden- Wochenlöhne verlangt werden, liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die Beamten erhalten doch auch Monatsgehälter; ist denn das etwas so Ungeheuerliches, wenn die Arbeiter Wochenlöhne verlangen?

Mittwoch den 12. — Donnerstag den 13. — Freitag den 14. — Sonnabend den 15. Februar.

4 Blusen-Tage 4

Wir verkaufen in diesen 4 Tagen, auf Extra-Ständern, zum Aussuchen

Grosse Posten Blusen

in

Serie I 3.00 — Serie II 4.50 — Serie III 6.25

Wolle und Mousseline | Japon | Messaline | Taffet | Tüll und Spitze

Serie IV 8.00 — Serie V 10.75 — Serie VI 13.00

staunend billig.

Brummer & Benjamin,

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080212-11/fragment/page=0005

Schon im Allgem. Landrecht ist von Wochenlöhnen die Rede; desgleichen im Bürgerlichen Gesetzbuch und in der Gewerbeordnung. Bereits 54 Städte im Reiche haben die Wochenlöhne für ihre Arbeiter eingeführt und auch in der Privatindustrie, im graphischen Gewerbe, zahlt man Wochenlöhne. Und da will die Stadt Halle den Arbeitern die auf Wochentage fallenden Feiertage nicht bezahlen? Ist das Ihr christlicher Standpunkt, so rief Genosse Osterburg den bürgerlichen Stadtverordneten entgegen, daß Sie als Christen in der Weihnachtswoche die Arbeiter mit 12 und 14 Mk. Lohn nach Hause gehen lassen? (Unruhe.) Der bürgerliche Stadtrat Leoni hat die Forderungen der Arbeiter anerkannt. (Der Scharfmacher im Baugewerbe, Stadtv. Reichardt, lacht zuweilen verlegen und macht törichte Bemerkungen.) Osterburg (fortfahrend): Der Referent Greßler hat ja selbst den besten Beweis dafür erbracht, wie traurig es mit den Wohlfahrtseinrichtungen aussieht. Von rund 100 Streikenden sind 72 erst in den letzten zwei Jahren in der Gasanstalt in Arbeit getreten. Wie viel wird es denn geben, die dort einmal der Pension teilhaftig werden? (Zuruf: Die Arbeiter pfeifen ja darauf.) Ja, wenn man Wohlfahrtseinrichtungen schafft, um niedrige Löhne zahlen zu können, so ist das nichts anderes, als sozialer Humbug. (Unruhe.) Der Armen-Etat wird auf Kosten der niedrigen Entlohnung belastet. (Reichardt ruft: Daran ist der Streik schuld.) Die Stadt hat die Pflicht, nach dem Rat des Herrn Leoni mit einem guten Beispiel voranzugehen. Der Streik ist von den Arbeitern nicht frivol vom Zaune gebrochen worden, sondern er ist mit durch das Verhalten des Ersten Bürgermeisters heraufbeschworen worden. Das Stadtoberhaupt wollte nicht mit dem Leiter des Verbandes sondern nur mit den städtischen Arbeitern verhandeln. (Zurufe: Sehr richtig, sehr richtig!) Daß das human ist, werden die Rufer wohl nicht glauben. Die Betonung des Protzenstandpunktes wird auch einmal sein Ende finden. Und wundere man sich nicht so sehr über den Streik, wo die Arbeiter den Ausdruck Faulenzer, der ja schließlich von dem Stadtv. Giese bedauert (aber nicht zurückgenommen. D. R.) worden ist, auf sich bezogen haben und beziehen mußten. Der Streik wäre nicht gekommen, wenn seitens des Ersten Bürgermeisters und des Kollegiums nur ein wenig Entgegenkommen gezeigt worden wäre. Osterburg beantragt, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, die Arbeitswilligen von der Gasanstalt zu entlassen und die Streikenden wieder einzustellen. (Einige Stadtverordnete begleiten die Schlußworte Osterburgs mit einer Art Indianergeheul — Am Magistratstische reckt man sich wohl ab und zu, das Wort wird aber nicht gewünscht.)

Stadtv. Emmer weist darauf hin, daß der Minister im Interesse der Besserbesoldung städtischer Beamten Rundschreiben gesandt hat; für die Arbeiter hat man aber nichts übrig. Als die Petitionen im Kollegium das erste Mal zur Verhandlung kamen, hat man sie nicht als ganz ausschlußlos gehalten. Die Arbeiter hofften. Sie empörten sich aber, als die Worte des Herrn Stadtv. Giese fielen. Man will den Herrenstandpunkt nicht verlassen. Redner weist darauf hin, daß die Arbeiter geneigt waren, von ihren Forderungen etwas abzulassen Aus diesem Grunde habe er versucht, eine Anbahnung zur Beseitigung des Streiks zu schaffen. Er habe mit Herrn v. Holly gesprochen und der Dezernent des Gaswerks, Herr Stadtrat Pfeffer, wollte dem Redner den Magistratsbeschluß über den Streik mitteilen. Herr Pfeffer hat aber die Mitteilung an den Redner vergessen. Die Interessen der Beamten versteht der Erste Bürgermeister in ausgezeichneter Weise zu vertreten. Für die Gasarbeiter hat er aber nur einen Fußtritt übrig gehabt. (Der Vorsitzende ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Redner erklärt, daß er die Aeußerung mehr bildlich gemeint habe. Der Erste Bürgermeister hat die Mitglieder des Kollegiums gekannt, indem er sagte, nur die vier Sozialdemokraten würden für die Forderungen eintreten. Sollen selbst die Gasarbeiter, die aus der Gasanstalt herausgepflogen sind, bei der Forderung nicht mehr in Frage kommen, so möge man die Wünsche der Petenten dennoch berücksichtigen.

Der Magistrat antwortete nicht; er äußerte sich auch nicht über die Uebergriffe der Polizei. — Stadtv. v. Blume hatte vorgezogen, nach Hause zu gehen. Das Kollegium erledigte die Petition wie vom Referenten vorgeschlagen, durch Uebergang zur Tagesordnung und die Anträge Osterburgs wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. — So endete die denkwürdige Sitzung vom 10. Februar mit dem Siege des Hasses gegen die Arbeiterbewegung.

---

* **Notstandsarbeiten.** Wie bürgerliche Blätter melden, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten im Hinblick auf die sinkende Konjunktur und der damit zusammenhängenden vermehrten Arbeitslosigkeit die Behörden der allgemeinen Bauverwaltung angewiesen, im Falle eines hervortretenden Bedürfnisses auf die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit Bedacht zu nehmen. Es kommen dafür sowohl Neubauten, als auch Unterhaltungsarbeiten in Frage. Die Arbeiten sollen nicht dazu führen, daß anderen Betrieben, namentlich der Landwirtschaft, Arbeiter entzogen werden. Die Verwendung ausländischer Arbeiter für solche außergewöhnlichen Arbeiten soll aber, damit die Arbeitsgelegenheit tatsächlich den einheimischen beschäftigungslosen Arbeitern zugute kommt, tunlichst vermieden werden. Dies gilt nicht nur für die Arbeiten im Eigenbetriebe der Bauverwaltung, sondern auch für die Unternehmerarbeiten.

Das klingt doch etwas anders, als die Vertröstung der Arbeitslosenkommission von seiten unseres Herrn Bürgermeister Dr. Rive. Vom „Vertrauen" allein wird kein arbeitsloser Hungriger satt. Das kann man jetzt beim Gasarbeiterstreik sehen, wohin unangebrachtes Vertrauen der Arbeiter führt.

* **Bevölkerungsbewegung.** Während des Monats Januar wurden beim hiesigen Meldeamt insgesamt 2509 (2027 im Januar des Vorjahres) als neu zugezogen, 2172 (2085) Personen als abgezogen gemeldet. Bei den Polizeirevieren wurden 2581 (2490) Anmeldungen und 2552 (2477) Abmeldungen von Personen bzw. Familien, welche in Halle ihren Wohnsitz geändert haben, gemacht. Die Summe der dem Einwohnermeldeamt zur Ermittelung übergebenen unbestellbaren Postsendungen betrug 3083 (2929), davon sind 2070 (2270) ermittelt worden, während 1013 (653) nicht zu ermitteln waren.

* **Von der Fleischpreis-Notierungskommission** am hiesigen städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden am Montag, den 10. Februar, folgende Fleischpreise festgestellt: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleischgewicht für Ochsen 60—65, Bullen 58—63, Kühe 50—62, Sauglämmer 65—70, Lämmer und Hammel 71, Schafe 61—65, Schweine 55—59 Mk. Bei den Schweinen verteilt sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht einschl. des Schweineres unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Krames — Geschlinge, Magen, Darm, Mittel und Blut —).

* **Das Fleisch billiger** geworden ist in — Jeßnitz (Anhalt). Dort haben die Fleischer den Preis von 80 auf 70 Pfg. pro Pfund herabgesetzt. Und in Halle?

* **Gesperrt** für den Fuhr- und Reitverkehr ist ab heute bis auf weiteres der Zufahrweg zur Pappelallee zwischen Steinmühlenbrücke und Kirchtor wegen Pflasterarbeiten.

* **Dem „Verdienste" seinen — Titel.** Der bekannte Verleger des noch bekanteren Blattes für Dumme, Nach Feierabend, Bernh. Meyer in Leipzig, ist nun endlich gewürdigt worden in — Bayern. Herr Meyer ist nämlich bayrischer Kommerzienrat geworden. Da sieht man wenigstens, zu was das Geld der vielen Tausende Hereingefallenen nütze ist. Wenn auch die Leser des Feierabend nichts davon haben. Aber Herr Kommerzienrat klingt doch entschieden besser als das so gewöhnliche: Guten Abend, Herr Meyer!

* **Der sittliche Generalanzeiger.** Das amtliche Papier, das sich nicht genug sittlich entrüsten kann über die streikenden Gasarbeiter und deren Versuche, die Streikbrecher auf ihre Pflichten als Arbeiter aufmerksam zu machen, hätte eigentlich genug zu tun, sich über den Inhalt seiner Inseratenplantage zu entrüsten. Denn fast keine Nummer vergeht, wo nicht sog. anstößige oder Schwindelanzeigen den leeren Raum seines Zeitungsblattes bedecken, so ist in der Dienstags-Nummer die Anzeige Augenwohl enthalten. Vor dem Produkt warnte aber seinerzeit das Berliner Polizeipräsidium als Schwindel und ein so polizeifromm geeichtes Papier wie der Generalanzeiger müßte doch eigentlich vor einem polizeilichen Erlaß so viel Respekt haben, daß es solche Anzeigen, die nur auf Dumme berechnet sind, nicht mehr bringt. Aber wenn irgendwo so gilt beim Generalanzeiger das Wort: Non olet! Wir aber warnen wiederholt die Arbeiter vor solchen Anpreisungen, die ihnen nur Geld aus der Tasche locken.

* **Auf der Jagd nach Elfenbein** befinden sich anscheinend Diebe, die in einer Gastwirtschaft auf der Leipzigerstraße drei Elfenbeinbälle gestohlen haben. Das ist allerdings billiger und weniger anstrengend, als auf die Elefantenjagd zu gehen.

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters** wird uns mitgeteilt, daß morgen, Mittwoch, nachmittag wieder eine Familienvorstellung nur lebender Photographien zu den bekannt niedrigen Eintrittspreisen stattfindet. — Heute, Dienstag, abend wird sich ein zahlreiches närrisches Völkchen in den festlich dekorierten Räumen zu Mummenschanz und Kurzweil zusammenfinden, um dem Prinz Karneval zu huldigen. Viel Vergnügen.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Mittwoch Walzertraum. Donnerstag zur Feier des 25jährigen Todestages Richard Wagners Götterdämmerung. Herr Gogl hat die Partie des Siegfried in der Götterdämmerung neu gelernt und singt sie zum ersten Male. Freitag Erstaufführung von Skowronnelles neuem Lustspiel Panne. Sonnabend Nathan der Weise.

Lettin, 10. Februar. Zu dem Diebstahl in der Porzellanfabrik von Heinrich Baensch, Schiebzigerstraße, wird noch gemeldet, daß die Diebe mit großer Frechheit gearbeitet haben. Trotzdem ein Fabrikwächter angestellt ist, haben die Geldschrankknacker den Geldschrank mit dem eigenen Rollwagen der Fabrik, nachdem sie den Schrank aus dem Kontor herausgeschafft hatten, nach dem Felde gefahren, dort aufgebrochen und beraubt. Von den arbeitslustigen Dieben hat man noch immer keine Spur.

Aus den Nachbarkreisen.

Ueber die Tätigkeit des deutschen Holzarbeiterverbandes in Thüringen.

entnehmen wir der Erfurter Tribüne folgende Mitteilungen: Der Mitgliederbestand ist in den Jahren 1906 und 1907 von 3410 auf 4789 gestiegen. An der Steigerung sind vornehmlich beteiligt die Ortsstellen Böhlen, Bürgel, Eisenach, Eschwege, Gotha, Ilmenau, Langensalza, Langewiesen, Lauterberg, Martinroda, Ohrdruf, Rudolstadt, Sonneberg, Waltershausen und Weimar.

Störend wirkte in der Ausbreitung des Verbandes die im Sommer 1906 stattgefundene Beitragserhöhung von 35 auf 50 Pfennig und die durch die große Aussperrung im Frühjahr 1907 benötigte Inanspruchnahme der Mitglieder. Der Gau Erfurt hat zu den Kosten der Aussperrung allein 13 000 Mk. an Extrabeiträgen aufgebracht. Daß die Herren Unternehmer bemüht waren, der Ausbreitung der Organisation Hindernisse in den Weg zu legen, ist selbstverständlich und wo nur eine Arbeitsgelegenheit am Orte oder im Bezirke vorhanden war, ist ihnen das auch in einigen Fällen gelungen. In Gehren, Gießübel, Schwarza, Wasungen, Wernshausen und Kaltennordheim wurde durch den Terrorismus der Unternehmer den jungen Organisationen die Lebensader unterbunden. Trotzdem gelang es in Suhl, Schleusingen, Giesübel, Triptis, Bleicherode, Brotterode, Leibis, Hildburghausen, Schmalkalden und St. Andreasberg neue Zahlstellen zu gründen.

Zahlreiche Lohnbewegungen brachte das Jahr 1906, 34 an der Zahl. Davon verliefen 20 mit 1051 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung, in 14 Fällen mit 655 Beteiligten mußte zur Arbeitsniederlegung geschritten werden. Nur eine dieser 34 Bewegungen endete mit einer Niederlage der Arbeiter, alle anderen waren von Erfolg gekrönt. Das Jahr 1907 legte den Holzarbeitern wegen der großen Aussperrung im Frühjahr und der Mitte des Jahres fallenden Konjunktur eine größere Reserve auf. Immerhin brachte auch dieses Jahr noch 29 Bewegungen mit 1550 Beteiligten, darunter 16 Angriffsbewegungen mit 1054 Beteiligten, bei denen es mit einer Ausnahme keines Ausstandes bedurfte, um die Wünsche der Arbeiter durchzusetzen. Nur in Sonneberg haben wenige Kollegen einige Tage streiken müssen. Weniger glücklich waren die Holzarbeiter bei den Bewegungen, in die sie durch andere Berufe hineingezogen wurden. An den Bauhandwerkerausständen in Gotha und Erfurt waren eine Anzahl Bautischler beteiligt, die dabei gebrachten Opfer stehen in gar keinem Verhältnis zu den dabei erzielten Resultaten. Eine glatte Niederlage erlitten die in den Maschinenfabriken Saalfelds beschäftigten Holzarbeiter. Trotz der eindringlichen Mahnung der Verbandsleitung glaubten sie die im Kampfe stehenden Metallarbeiter durch Arbeitsniederlegung unterstützen zu müssen und sind zu einem ganz erheblichen Teile auf der Strecke geblieben. Mit Erfolg konnten dagegen die Tischler der Türenfabrik in Eisenach eine ihnen zugemutete Verschlechterung der Löhne zurückweisen. Aussperrungen waren zwei zu verzeichnen, von denen die in Giesübel mit einem für die Arbeiter negativem Erfolge endete.

Der größte und bedeutendste Kampf wurde in Lauterberg am Harz ausgefochten. 20 Wochen lang wurde mit einer Erbitterung gekämpft, die ihresgleichen sucht, bis endlich am Jahresschluß sich die Siegespalme den Arbeitern zuneigte. Die Aussperrung wurde aufgehoben, die Fabrikanten in die Schranken zurückgewiesen und die seit dem im Jahre 1896 geführten unglücklichen Kampfe bestehende, für die Arbeiter unerträgliche Situation beseitigt.

Als Arbeitszeit wurde im Gau Erfurt ermittelt: Für 30 Mann 48 Stunden, 320 Mann 53 Stunden, 575 Mann 54 Stunden, 300 Mann 56 Stunden, 828 Mann 57 Stunden, 61 Mann 58 Stunden, 38 Mann 58½ Stunden, 427 Mann 59 Stunden, 4800 Mann 60 Stunden und 400 Mann länger als 60 Stunden.

Wiederstand gegen die Staatsgewalt!

In Drohßig hatte bekanntlich im vergangenen Jahr ein Vergnügen der Radfahrer stattgefunden bei dem dann mehr-

---

Kleines Feuilleton.

Ein klassisches Zensurstückchen, das in seiner Tendenz an die beliebten Serenissimusscherze erinnert, wird dem B. T. aus Moskau berichtet. In der dortigen Wanderausstellung russischer Künstler soll ein Bild des bekannten russischen Malers Bogdonow Belsk zu sehen sein, ein Genrebild „Die mutwilligen Knaben", das nackte Bauernknaben am Ufer eines Flüßchens zeigt, zwei Knaben, von denen der eine die Hand nach einem Krebs ausstreckt, während der andere pfiffig zuschauend daneben steht. Vor diesem Gemälde erschien vor Eröffnung der Ausstellung der Herr Zensor. In Gegenwart des Malers betrachtete er lange Zeit aufmerksam das Bild, dann sprach er zu dem Künstler: „Sagen Sie, was ist das für ein Bild?" „Mutwillige Knaben!" lautete die Antwort. „Das sehe ich," meinte der Zensor und fügte mit Ueberlegenheit hinzu: „Aber die Knaben sind doch nackt! Also eine Verletzung der Sittlichkeit!" Vergebens waren die Einwände des Malers, der den Zensor vergleichsweise auf andere Kunstwerke hinwies. Das Bild wurde „verboten", das heißt es wurde in der üblichen Form in einen schwarzen Kalikoumschlag gehüllt. Doch es sollte noch besser kommen. Schon hatte sich der Zensor angeschickt, die Kunstausstellung zu verlassen, als er sich an der Tür noch einmal umwandte. „Ich bin kein grausamer Mensch," meinte er zu seiner Umgebung, „der Künstler ist mir zu sympathisch, so jung und schon Akademiker." Dann trat er noch einmal auf den Maler zu, nahm ihn beiseite und sprach die klassischen Worte: „Ich will Ihnen den guten Rat geben, lieber Meister, — machen Sie aus den Knaben Mädchen, dann werde ich meine Genehmigung zur Ausstellung Ihres Bildes erteilen."

Was der Maler dem Zensor darauf geantwortet hat, wissen wir nicht. Wundervoll ist jedenfalls der Gedanke eines Kunstzensors, daß nackte Mädchen anständiger sein sollen als nackte Knaben, und der wird nur noch von der Geistesschärfe übertroffen, die in der Ansicht liegt, daß man mit etlichen Pinselstrichen aus nackten männlichen Körpern nackte weibliche formen kann.

Etwas mehr Feingefühl, Frau Justitia! Der Kunstwart beschäftigt sich in seinem neuesten Heft mit der Rücksichtslosigkeit, die oft aus gerichtlichen öffentlichen Ladungen spricht. Er schreibt: In einer öffentlichen Zustellung des königlichen Amtsgerichts Berlin-Wedding vom 15. Januar 1908 heißt es: „Die minderjährige Y. Z., vertreten durch ihren Vormund, den Werkmeister X. Y. in Berlin, klagt gegen den Kaufmann N. N. auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte der Vater der am 31. März 1907 geborenen Klägerin ist, weil er mit deren Mutter, der unverehelichten Kammerjungfer M. T., während der gesetzlichen Empfängniszeit geschlechtlich verkehrt hat, mit dem Antrage auf Alimente."

Alle Namen sind hierbei genannt und ausgeschrieben. Hat Frau Justitia nicht auch hier an ihrem schönen Haupte einen Zopf, den man nachgerade abschneiden könnte? Warum wird der Kaufmann N. N. nicht einfach vor das Amtsgericht geladen, „um der Verhandlung eines Rechtsstreites wegen gewisser Gefälle an die X. Y. beizuwohnen"? Die jetzige „Gepflogenheit" bedeutet einfach, daß der Name einer „Gefallenen", wenn der betreffende Herr sich unsittlich gemacht hat, öffentlich an den Pranger geschlagen wird. Ueber das Anprangern entschied ehemals das zuständige Gericht, über das öffentliche Aushängen ihres Namens in diesem Falle aber hat die Gefallene selbst zu entscheiden und teilweise — ihrem Kinde zulieb. Wer weiß, wie viele berechtigten Ansprüche zugunsten eines Kindes unterdrückt werden mögen, wenn sich der Herr Vater „unbekannt wo" aufhält, weil die Mutter die öffentliche Anprangerung fürchtet?

Das Schicksal eines preisgekrönten Tierarzneibuches. Der Berl. Volksztg. wird aus Schlesien geschrieben: In jüngster Zeit wurde in der Mark Brandenburg und im angrenzenden Niederschlesien das „Allgemeine Vieharzneibuch von Rohlwes" von dem angeblichen Bevollmächtigten eines landwirtschaftlichen Verlages zu Oberschönweide bei Berlin an kleine und mittlere Grundbesitzer zum Preise von sechs Mark abgesetzt. Ein Exemplar dieses Werkes fiel dem Kreisarzt Nowag zu Sprottau in die Hände, und dieser hielt es nach erfolgter Prüfung des Inhalts für seine Pflicht, in der Sprottauer Versammlung des land- und forstwirtschaftlichen Vereins für die Kreise Sprottau und Sagan das Werk einer vernichtenden Kritik zu unterziehen und aufs eindringlichste vor der Anwendung der in dem Buche empfohlenen Rezepte zu warnen. Was darin an Heilmitteln angepriesen werde, erinnere lebhaft an die Quacksalbereien des Mittelalters. So wurde gegen Viehräude, die nach der Entdeckung des Verfassers durch schlechtes Futter hervorgerufen werde, Hühnermist, gegen die Wunden durch Nagelstritt Kuhmist mit ungelöschtem Kalk, bei Rotz der Pferde Fontanal, bei Milzbrand wiederholte Aderlässe, bei Schulterlahmheit Schwalben- oder Regenwürmeröl, bei Behandlung von Wunden zu Pulver geriebene Schuhsohlen empfohlen. Da dieses sogenannte Vieharzneibuch deshalb so viele gutgläubige Abnehmer gefunden hatte, weil es nach einer Bemerkung auf der Titelseite ein preisgekröntes Werk der „Märkisch-Oekonomischen Gesellschaft zu Potsdam" sein sollte, so erklärte sich in der erwähnten Versammlung der Landrat von Klitzing-Sprottau bereit, auf amtlichem Wege zu recherchieren, welche Bewandtnis es mit der Preisschrift habe. Daraufhin ist ein Bescheid eingegangen, in dem es unter anderem heißt: „Ein Preis und eine Empfehlung ist dem Viehartzneibuche für seine erste Auflage allerdings zuerkannt worden, aber — schon im Jahre 1802. Das jetzt in den Handel gebrachte gleichnamige Buch, als 65. Auflage bezeichnet, ist total veraltet, die darin empfohlene Behandlung der Tierkrankheiten entspricht in vielen Fällen nicht mehr den Feststellungen der neuen wissenschaftlichen Forschung und den gemachten praktischen Erfahrungen, kann sogar oft höchst nachteilig wirken."

Das Lied vom deutschen Philister.

Eine Stimme aus dem Grabe an die heutigen Blockliberalen.

Der deutsche Philister, das bleibet ein Mann,
Auf den die Regierung vertrauen noch kann,
Der passet zu ihren Beglückungsideen,
Der läßt mit sich alles gutwillig gescheh'n.

Befohlenermaßen ist stets er bereit,
Zu stören, zu hemmen den Fortschritt der Zeit,
Zu hassen ein jegliches freies Gemüt
Und alles, was lebet und grünet und blüht.

Sprich, deutsche Geschichte, bericht' es der Welt,
Wer war doch dein größter berühmtester Held?
Der deutsche Philister, der deutscheste Mann,
Der alles verdirbt, was man gutes begann.

Was schön und erhaben, was wahr ist und recht,
Das kann er nicht leiden, das findet er schlecht,
So ganz, wie er selbst ist, so kläglich, gemein,
Hausbacken und ledern soll alles auch sein!

So lang der Philister regieret das Land,
Ist jeglicher Fortschritt daraus wie verbannt;
Denn dieses erbärmliche, feige Geschlecht,
Das kennet nicht Ehre, nicht Tugend und Recht.

Du Sklav' der Gewohnheit, du Knecht der Gewalt,
O käme dein Simson, o käm' er doch bald!
Du deutscher Philister, du gräßlichste Qual,
O hole der Teufel dich endlich einmal!

Doch leider hat Beelzebub keinen Geschmack
An unsern Philistern, den lumpigen Pack,
Und wollten sie selber hinein in sein Haus,
So schmeißt er die Kerle zum Tempel hinaus.

Hoffmann von Fallersleben. (1798—1874.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190802 12-11/fragment/page=0006

mals Gendarmen in den Saal drangen, um angeblich das Vergnügen zu kontrollieren. Einige der Radfahrer drängten die Gendarmen wieder heraus und es wurden drei Genossen angeblich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt in Zeitz auch zu je ein Monate Gefängnis verurteilt. Auf die eingelegte Berufung sprach aber das Landgericht Naumburg alle drei Angeklagten frei, weil „die Gendarmen sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden hätten". Gegen das freisprechende Urteil hatte in einem Falle, und zwar gegen den Genossen Perlick, der Staatsanwalt Revision eingelegt und diese Revision wie folgt begründet:

„Begründung. Die Ausführung der Strafkammer: „Der Widerstand aus § 113 Str. G. B. kann aber nur dann bestraft werden, wenn sich Menger in der „rechtmäßigen Amtsausübung befunden hat", erscheint rechtsirrtümlich. Das Reichsgericht hat ständig (vgl. Oppenhof, Str. G. B. § 13 Anm. 13) dahin entschieden, daß ein Vollzugsbeamter, der lediglich für ihn bindende Befehle der Verwaltungsbehörde vollstreckt, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes handelt und daher unter dem Schutze des § 113 Str. G. B. steht, gleichviel, ob der ihm gegebne Befehl gesetzlich gerechtfertigt war oder nicht.

Menger hatte vom Amtsvorsteher den schriftlichen Auftrag zur „Ueberwachung" der Tanzfestlichkeit erhalten und hat demgemäß gehandelt. Ohne in den Saal selbst einzutreten, war ihm eine wirksame Ueberwachung selbstverständlich nicht möglich.

Daß der Befehl mit Rücksicht auf § 7, Ges. zum Schutz der persönlichen Freiheit etwas gesetzlich Verbotenes enthalten habe, ist nicht anzuerkennen. Die angezogene Bestimmung handelt nur von „Wohnungen", und als solche kann der von einem Vereine zu einer Festlichkeit gemietete Tanzsaal einer Gastwirtschaft nicht aufgefaßt werden.

Ich beantrage, das Urteil, soweit angefochten, aufzuheben, und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer hier, zurückzuverweisen. gez. Schwertfeger."

Der Staatsanwalt hat nun wohl eingesehen, daß auch die Revisionsinstanz zu keinem anderen Entscheid kommen würde, als das Landgericht, denn er hat die Revision jetzt zurückgezogen. Es bleibt also bei der Freisprechung. Alle Vereine können hieraus also die Lehre ziehen, daß sie absolut keinen Beamten bei ihren Vergnügungen usw. im Saale dulden brauchen, wenn er nicht eingeladen ist. Gegen das Recht und das Gesetz können auch Amtsvorsteher und Gendarmen nichts machen.

Aus dem Arbeiter-Turnerbund.

Der Bezirksturntag des 4. Bezirks des 5. Kreises tagte am 26. Januar im Grünen Baum in Teuchern. Anwesend waren der Bezirksvorstand, der Kreisvertreter und 55 Delegierte aus 22 Vereinen. 5 Vereine waren nicht vertreten. Aus dem Geschäftsbericht des Bezirksvertr. Nikolai entnehmen wir folgendes: Der Bezirk umfaßte am 1. Januar 1907 18 Vereine mit 923 Angehörigen, am 1. Januar d. J. dagegen 27 Vereine mit 1093 Angehörigen. Neun Vereine Allgem. Weißenfels, Trebnitz, Bornitz, Reußen (schon wieder ausgetreten), Taucha, Theißen, Werschen, Mansdorf und Sautschen sind neu eingetreten. Acht dieser Vereine sind aus der deutschen Turnerschaft übergetreten. Außerdem hatten sich noch die Vereine Döschwitz und Roda-Weickelsdorf angemeldet, von ersterem ist nichts mehr zu erfahren und letzterer ließ nach einigen Wochen die Abmeldung folgen, weil die Mitglieder den großen Schwierigkeiten in dem rein ländlichen Distrikt nicht gewachsen sind (?). In den letzten Tagen hat sich noch Leuditz-Lollwitz angemeldet. Aus allen Berichten der Vereine geht hervor, daß die Behörden nicht nur mit einem sondern mit beiden Augen uns beobachten. Die Hälfte der Vereine hat Zöglingsverbot — auch einige der übergetretenen sind bereits damit bedacht — und unter polizeilichen Maßnahmen haben alle zu leiden.

Die Abrechnung der Kasse für 1907 ergab eine Einnahme von 482,91 Mk. und eine Ausgabe von 280,05 Mk. Es bleibt mithin ein Kassenbestand von 202,86 Mk., darunter 126,10 Mk. vom Bezirksturnfest in Luckenau. Der Kreis hatte dem Bezirk 25 Mk. zur Agitation zur Verfügung gestellt. Hiervon erhielten zwei Zeitzer Turngenossen für rastlose Agitation je 10 Mk.

Der vom Turnwart Dornblut gegebene Bericht über das Turnen der Vorturnerschaft, sowie die Berichte der Vereine beweisen aufs neue, daß die edle Turnsache von den Arbeiterturnern ehrlich und ernsthaft gepflegt wird. Die in diesem Jahre stattfindende Bezirksturnfahrt ist von Naumburg nach Henne-Freyburg-Rödel-Rudelsburg-Kösen geplant. Der Termin ist noch festzusetzen und wird so gelegt werden, daß er nicht mit dem Parteiausflug oder einem größeren Arbeiterfeste zusammentrifft.

In den Bezirksvorstand wurden wieder- bezw. neugewählt: Vorsitzender: Nicolai; Stellvertreter: Hilbert; Beisitzer: Dinter; Turnwarte: Dornblut und Keller. Der technische Unterausschuß besteht aus Röhnisch, Schuppan und Patzer.

Dem Antrag der Kreisleitung an den Kreisturntag, die Kreisbeiträge von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen, wurde zugestimmt. Der letzte Punkt der Tagesordnung wurde hauptsächlich durch die Diskussion über die Art und Weise der vorzunehmenden Agitation ausgefüllt. Alle Redner waren sich darin einig, daß es unsere Hauptaufgabe ist, die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter, deren es noch viele in den Reihen der deutschen Turnerschaft gibt, über die Aufgaben und Einrichtungen des Arbeiter-Turnerbundes aufzuklären und sie zum Eintritt in denselben zu veranlassen. Dazu ist aber nötig, daß jeder einzelne Turngenosse kräftig mit Hand anlegt, statt sich an seinen eigenen Turngenossen zu reiben. Nur dann können wir rüstig vorwärts schreiten!

Zeitz, 10. Februar. (E. B.) Die Handelsangestellten. Heute, Dienstag, abend findet, wie schon gemeldet, in der Reichshalle eine Versammlung für Handlungsgehilfen und -gehilfinnen statt; die der Zentralverband der betr. Branche veranstalten wird. Dem hiesigen Gewerkschaftskartell ist durch seine Agitationskommission gelungen, schon eine Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Das ist den Herren vom Deutschnationalen sowohl auch vom Leipziger Verband sehr unangenehm, sie wollen das Feld allein behaupten. Während diese Leute sich erst gegenseitig bekämpften, haben sie jetzt Frieden gemacht und ziehen nun gegen den „sozialdemokratischen" Zentralverband. Erst vor einigen Tagen sollte eine Besprechung der Angestellten eines Großbazars statt finden, das erfuhren jene Herren und sie rückten nun, zirka 60 Mann von ihnen, an. Während sie in einem Zimmer der Reichshalle Platz nahmen, erledigten in einem anderen Zimmer die wenigen aus jenem Geschäft Gekommenen mit den Beauftragten ihre Angelegenheiten. Die Herren Antisemiten und vom Leipziger Verband erließen dann in den hiesigen Blättern folgendes Eingesandt:

„Für die Handelsangestellten. (Eingesandt.) Planmäßig und zielbewußt wie immer tritt jetzt auch hier in Zeitz die Sozialdemokratie mit der Absicht hervor, die Handelsangestellten in ihre Reihen zu ziehen. Sie veranstaltet zu diesem Zwecke „Besprechungen der Angestellten einzelner Geschäfte" und hatte zu einer solchen für gestern abend eingeladen. Statt des erhofften Besuches stellten sich aber nur Mitglieder des Leipziger und des Deutschnationalen Verbandes ein, die nach einleitenden Worten des Herrn Georg Rettner, Vorsitzenden des hiesigen Kreisvereins vom Verbande deutscher Handlungsgehilfen, folgende vom Deutschnationalen Vertrauensmanne vorgeschlagene Entschließung einstimmig annahmen: „Die am 28. Januar 1908 in der Reichshalle zu Zeitz zu einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlung erschienenen Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg und des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, sprechen der Sozialdemokratie das Recht ab, sich als eine Vertretung der Handlungsgehilfen-Interessen zu bezeichnen. Sie versprechen sich zu dem Zwecke, das Eindringen sozialdemokratischer Gehilfen und Gehilfinnen in den Zeitzer Handelsstand zu verhindern, treue Waffenbrüderschaft, begrüßen im übrigen die am 26. Januar in Berlin gepflogenen Unterhandlungen über die Vereinigung beider Verbände mit aufrichtiger Freude und wünschen, daß diese Bestrebungen zum Segen des ganzen Standes recht bald vom Erfolg gekrönt sein mögen." "

Die Herren sind nicht einmal so ehrlich, einzugestehen, daß es keine von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung war, in der sie ihre Resolution annehmen konnten. Es war ihnen vielmehr von einem Genossen gesagt worden, daß keine Versammlung stattfände, sondern nur eine Besprechung, zu der sie nicht eingeladen waren. Die Antisemiten und Leipziger Verbändler haben denn auch allein getagt und ihre Resolution verfaßt. Trotzdem aber die echt antisemitische Fassung des Eingesandts, ganz nach dem Muster des Reichsverbandes, dessen Zöglinge wohl auch die meisten Antisemiten sind. Es ist zu erwarten, daß auch diese Leute heute in die Versammlungen kommen werden, sie werden aber nicht aufhalten können, daß der Zentralverband der Handelsangestellten auch in Zeitz Fortschritte mache. Jedenfalls soll die Versammlung möglichst gut besucht werden auch von unseren Genossen.

Weißenfels, 10. Februar. Etwas sehr ungenau scheint der Granschützer Berichterstatter des Kreisblattes die Notiz des Volksblattes über die Reichsverbandsversammlung in Wählitz (Nr. 32 d. B.) gelesen zu haben. Das Kreisblatt läßt sich berichten, daß eine größere Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter nicht der Parole ihrer Partei gefolgt seien, sondern doch in die Versammlung gingen. Dann schreibt das Kreisblatt weiter:

„Der Verlauf der Versammlung dürfte der sozialdemokratischen Partei das Bewußtsein gebracht haben, daß ihr Parteiorgan über den Verlauf der Reichsverbandsversammlungen nicht immer objektiv berichtet. Interessant ist im Volksblatt das Zugeständnis, daß auch von Reichsverbandsseite sachlich debattiert wurde, während man doch sonst den „Reichsverbändlern" nur die Verbreitung von Unwahrheiten und Unrichtigkeiten über die Sozialdemokratie zutraut. Die Leser des Volksblattes können daran den Wert der sonst über den Reichsverband verbreiteten Notizen ermessen. Noch stets ist in den Versammlungen des Reichsverbandes freie Diskussion zugesichert worden, wenn aber die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter mit allen Mitteln von dem Besuch dieser Versammlungen abgehalten werden, so kann natürlich keine Debatte stattfinden. Es würde uns freuen, wenn die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter noch recht oft die Boykottversuche ihres Parteiblattes zunichte machten und die Versammlungen besuchten. Sie würden dann sehr bald zu der Ueberzeugung kommen, daß in der sozialdemokratischen Partei nicht alles Gold ist, was glänzt, und daß die ihnen in sozialdemokratischen Versammlungen gezeigte Medaille auch eine Kehrseite hat."

Mit Verlaub! Ganz war die Sache wohl so nicht richtig! Der Berichterstatter hat wohl übersehen, daß wir in unserm Bericht mitteilten, daß der Redner des Reichsverbandes alte, schon oft widerlegte Mätzchen anbrachte. Herr Mertens ist in Wählitz einmal von der alten Taktik abgewichen und hat auch sachlich debattiert. Wir haben das anerkannt, eben weil wir objektiv berichten! Daß der Reichsverband und seine Elemente — auch das Kreisblatt! — unwahre und lügenhafte Berichte über die Sozialdemokratie verbreiten, ist an zahllosen Beispielen nachzuweisen! So ist es gleich eine Unwahrheit, wenn das Kreisblatt behauptet, daß den Sozialdemokraten freie Diskussion zugesichert worden sei! Im Inseratenteil der Kreisblätter war oft zu lesen: „Sozialdemokraten haben keinen Zutritt!" „Nur auf nationalem Boden stehende Männer sind zu der Versammlung eingeladen!" Wenn den sozialdemokratischen Arbeitern auf diese Art die Redefreiheit beschnitten wurde, so ist es selbstverständlich, daß wir nicht zum Besuch der Lügenverbands-Versammlungen ermunterten. Wir benutzen gern jede Gelegenheit, unsern Gegnern entgegenzutreten, der Lügenverband aber scheut die Oeffentlichkeit! Der vom Kreisblatt hochverehrte Herr Sommer ist wohl auch so mutig gewesen, unserm Genossen Thiele entgegenzutreten? Er hat trotz öffentlicher Aufforgerung gekniffen und das nicht nur einmal! Und wie es Herr Sommer tat, so taten seine Wahlhelfer. Sie luden ihre Leute zu den Versammlungen ein und wenn sie sicher waren, daß keine Sozialdemokraten anwesend sind, versprachen sie freie Diskussion! Dann allerdings waren keine Debatten möglich, verehrtes Kreisblatt! Schreitet der Reichsverband auf dem in Wählitz begonnenen Wege weiter, schön, uns findet er stets auf dem Kampfplatze!

Weißenfels, 10. Februar. (E. B.) In der letzten Gewerbegerichtssitzung wurde zum zweitenmal über die Klage des Arbeiters Hindrichs gegen die Firma Bauer verhandelt. Die Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen, da ein Zeuge beschwor, daß Kläger trotz Verwarnung wiederholt verspätet zur Arbeit kam. — Die Firma Arjand klagte gegen eine Stepperin wegen kündigungsloses Verlassen der Arbeit. Die Klägerin verlangte 24 Mk. Schadenersatz. Die Firma hatte jedoch ihre Ansprüche nicht spezialisiert und wurde deshalb ein neuer Termin anberaumt, in dem dann auch über die Gegenklage der Stepperin wegen Einbehaltung des Arbeitsbuches verhandelt werden soll. — Auf Herausgabe des innebehaltenen Lohnes in Höhe von 11 Mk. klagte die Vorrichterin H. gegen die Firma O. Feyerabend. Die Firma suchte nachzuweisen, daß die Klägerin sie durch unrechtmäßiges Verrechnen von Arbeit um 14,80 Mk. geschädigt habe. Es kam ein Vergleich zu stande, nach welchem die Klägerin der Firma ratenweise 9,92 Mk. zurückzahlt. — Zwei weitere Klagen wurden zwecks Zeugenladungen vertagt.

Weißenfels, 10. Februar. Eisenbahner-Risiko. Am Sonnabend wurde auf dem hiesigen Bahnhofe der Streckenarbeiter König aus Borau überfahren und am rechten Fuße erheblich verletzt. K. wurde in die Klinik nach Halle gebracht.

Theißen, 10. Februar. (E. B.) Elektrizitätswerk. Man plant hier die Errichtung eines Elektrizitätswerks. Eine Besprechung verschiedener Interessenten hat schon stattgefunden, doch ist man noch nicht schlüssig geworden. Möglich, daß auch hier eine Privatgesellschaft die Angelegenheit in die Hand nimmt.

Zipsendorf, 10. Februar. (E. B.) „Unser Standesamt. Es ist eigentlich nur reiner Hohn, wenn man in Zipsendorf von „unserm" Standesamt redet. Der Ort hat ja eigentlich mit diesem Institut gar nichts zu tun. Befinden es sich doch in dem 3/4 Stunde von hier entfernt liegendem Sabissa! Haben Einwohner von hier oder von Falkenhain und Wuitz das Amt aufzusuchen, so gehen mindestens drei bis vier Stunden Arbeitszeit flöten. Nebenbei gesagt, hat Sabissa kaum 500 Einwohner, die drei andern Orte aber annähernd 4000! Es ist also grober Unfug, wenn man von einem Zipsendorfer Standesamt redet. Den Namen hat es, weiter aber nichts. Im Winter macht sich ein „Spaziergang" nach dem Amte besonders hübsch, besonders wenn noch ein klein wenig Schneetreiben dazu kommt. Im Sommer ist es noch viel netter. Da kann man sich gehörig ausruhen, bis der Herr Standesbeamte geruht, vom Felde heimzukommen. Es geht doch nichts über ländliche „Idylle".

Kretzschau, 10. Februar. (E. B.) Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonntag, den 16. d. Mts., nachmittags, seine Versammlung ab. Es ist dringend notwendig, daß alle Genossen in dieser Versammlung erscheinen, da es sich um die Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeinderatswahl handelt. Wer also dazu beitragen will, in der Gemeinde bessere Verhältnisse zu schaffen, muß in der Versammlung erscheinen.

Eisleben, 10. Februar. (E. B.) Koalitionsrecht — grober Unfug! Wenn wir im Mansfeldschen jetzt wohl rührig sind, so sind es die Gegner nicht minder. Nicht nur Dr. Arend reist hier herum, sondern auch der „schlichte Mann aus der Werkstatt", Tischlermeister Vanti aus Potsdam, derzeit Reichstagsabgeordneter für Barmim, referierte in einer Versammlung des Bundes der Landwirte. Er schmierte den Herren dabei jedes Honig um den Mund, daß diese ihm mit ihren gut gesuchteten Lehren hell zujubelten. Die sozialen Lasten machen dem Landwirt das Leben schwer, es sei deshalb Zeit, damit etwas innezuhalten. Die Sozialdemokraten kennen in dieser Beziehung in ihren Forderungen keine Grenzen ꝛc. Als Niedertrachtigkeitspolitiker trat ein Herr Tauscher aus Berlin auf, der wie alle anderen Redner, die Aufgabe hatte, den Agrariern Angenehmes zu sagen. Er meinte, der landwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht zu geben, sei ein Unfug erster Klasse! Dieser Herr, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machte, und dafür doppelten Beifall fand, verdient ausgehauen zu werden, in was ist gleich. Aber solche hysterische Anfälle können anderswo nicht gut ohne heftigen Widerspruch abgeladen werden, deshalb kommt man nach Mansfeld, das ist gut dazu, ist doch das berüchtigte Mansfelder System weithin in Deutschland bekannt. Ein solchen Pröbchen können die Arbeiter aber ersehen, wie es noch kommen wird, wenn die unverantwortliche Gleichgültigkeit der Massen nicht ein Ende hat und die Volksfeinde noch mehr die Ueberhand bekommen.

Amsdorf, 10. Februar. (E. B.) Der beleidigte Gendarm. Der Gendarmeriewachtmeister in Amsdorf hatte Ende August vorigen Jahres mit einem Eichmeister im Gehöft des Landwirts Otto Willig Gewichte revidiert. Auf Veranlassung des Eichmeisters beschlagnahmte er vier Gewichte. Bei der Revision war nur die Mutter Willigs zugegen. Sie klagte ihrem heimkehrenden Sohne in heftiger Entrüstung, der Gendarm habe ihnen vier Gewichte weggenommen. Willig legte Protest gegen die Beschlagnahme ein. Er handle nicht mit Waren und könne sich daher in seinem Haus und Hof Gewichte halten, wie sie ihm gefielen. Das sei ganz seine Privatsache und gehe den Eichmeister gar nichts an. Er müsse daher die Gewichte als widerrechtlich weggenommen ansehen. Als Willig trotz seines Protestes die Gewichte nicht zurückerhielt, ging er im November vorigen Jahres zum Amtsvorsteher und erklärte, der Gendarm habe ihm die Gewichte gestohlen, er müsse daher gegen den Beamten Strafantrag wegen Diebstahls stellen. Seine Erklärung zog aber nur ihm selbst einen Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung zu. Vor Gericht äußerte Willig, er habe ja gar nicht zum Amtsvorsteher gesagt, der Gendarm habe ihn bestohlen; er habe nur Strafantrag wegen Diebstahls gegen ihn gestellt! Der Vorsitzende belehrte ihn aber, daß das wohl auf eins hinauslaufe. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 30 Mark, das Gericht hielt aber schon eine solche von 10 Mark für ausreichend.

Torgau, 10. Februar. Eine Gebührentaxe für die Benutzung des neuen Krankenhauses wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung genehmigt. Die Taxe tritt am 1. April in Kraft, und zwar haben zu zahlen: Armenverbände und Krankenkassen innerhalb des Kreises Torgau 1,75 Mk., solche außerhalb des Kreises, ferner Berufsgenossenschaften, Schiedsgericht, Reichsversicherung, Gestütsverwaltung und Justizfiskus 2.— Mk.; Private in Kl. III 2.— Mk.; Kl. II 3.— Mk. und Klasse I 4.— Mk. Für Röntgen-Durchleuchtung sind 5, mit Aufnahme 10 Mk. zu entrichten. Erhebliche außerordentliche Mehraufwendungen sind besonders zu bezahlen. Kranke werden, wie auf eine Anfrage vom Magistrat erklärt wurde, ohne vorherige Anmeldung jederzeit aufgenommen, erst nach der Unterbringung sind die üblichen Formalitäten zu erledigen.

Torgau, 10. Februar. (E. B.) § 175! Wegen Vergehens gegen den § 175 wurde hier der Rittmeister der dritten Schwadron des 12. Husaren-Regts. von Gagern verhaftet und nach Halle überführt. Die Straftaten soll er an mehreren Gefreiten seiner Schwadron ausgeübt haben.

Prettin, 10. Februar. (E. B.) Großfeuer. Am Sonntag morgen gegen 2 Uhr brach in dem Meißnerschen Wohnhause in der Elbstraße Feuer aus. Da die Flammen reichlich Nahrung fanden und außerdem ein heftiger Sturm wütete, breitete sich das Feuer sehr schnell aus. Innerhalb zwei Stunden waren vier Häuser ein Raub der Flammen. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen, auch das Vieh ist gerettet. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Drei Besitzer sind durch Versicherung vor Schaden geschützt.

Riestedt, 10. Februar. (E. B.) Wie verbesserungsbedürftig hier noch so manches ist, beweist, daß für unsern Ort von 2000 Einwohner keine Leichenhalle vorhanden ist. Stirbt in einer Familie jemand an einer ansteckenden Krankheit, so weiß man oftmals nicht, wo man mit der Leiche hin soll. Scheunen, Ställe und Hausböden müssen da als Totenkammern dienen! Ja, in einigen Familien, die überhaupt keine Nebenräume besitzen, müssen Wohnstuben oder Kammern zu diesem Zwecke herhalten! Daß unter solchen Umständen die Gesundheit der ganzen Familie — und nicht nur der Familie — gefährdet ist, liegt klar auf der Hand. Doch was kümmerts die, so da haben!

Auch ein Leichenwagen fehlt hier. Die Toten müssen getragen werden. Mit vielen Schwierigkeiten haben da die Träger zu kämpfen. Einmal sind die Straßen derartig schmutzig, daß man sie nur mit Schaftstiefeln passieren kann, dann aber ist die Straße nach dem Friedhofe ziemlich steil und sind Unfälle durch Ausgleiten nicht ausgeschlossen. Daß man beim Tragen der Toten sich nicht besonders gut anziehen kann, ist selbstverständlich.

Wer aber hat unter diesen Zuständen am meisten zu leiden? Immer nur die Arbeiter! Den Bessersituierten stehen infolge ihres größeren Geldbeutels alle Mittel zur Verfügung. Sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080212-11/fragment/page=0007

haben also keinen Anlaß, für die Allgemeinheit einzutreten. Wenn die Gemeindeverwaltung durchaus sparen will, dann mag sie das an anderen Stellen tun, z. B. kann recht gut die Summe von 1050 Mk. für die Gemeindebullen verringert werden.

Jena, 10. Februar. Großes Aufsehen erregte seinerzeit die Beschlagnahme der Dr. Wernsdorfschen Broschüre „Blatt 11 der Nachlaßakten". Vier Monate sind vergangen, Anklage ist gegen den Verfasser nicht erhoben worden! Die Verhaftung des Verfassers scheint also, so schreibt man unserem Jenaer Parteiorgan, nach dessen eigenem Ausspruche nur ein Strohfeuer gewesen zu sein. Man sollte doch meinen, daß im Laufe von vier Monaten Zeit genug vorhanden gewesen wäre, um die Anklageschrift zustande zu bringen, und daß die Sache, in welcher es sich um das Ansehen der schwer angegriffenen Justiz handelt, doch soviel wert ist, um mit allem Eifer betrieben zu werden. Statt dessen hat man sich auf einige wenige Zeugenvernehmungen in der Voruntersuchung beschränkt, gesonnen und alles mögliche gemacht, aber noch nicht den kräftigen Beschluß der Anklageerhebung gefaßt, so daß die vielfachen Bedenken, die ganze Sache möchte im Sande verlaufen, vollauf gerechtfertigt sind. Dr. Wernsdorf hatte seinerzeit die Broschüre lediglich zu dem Zwecke herausgegeben, um eine Anklage gegen sich zu erwirken und um auf diese Weise die von ihm behaupteten Zustände zur öffentlichen Verhandlung zu bringen. Da Dr. Wernsdorf durch Unterlassung einer Anklageerhebung den mit der Herausgabe seiner Broschüre verbundenen Zweck nicht erreicht hat, beabsichtigt derselbe in Kürze eine neue Broschüre herauszugeben. Die neue Broschüre erscheint unter dem Titel: Justizpolitik der langen Bank.

Sitzung der Stadtverordneten in Zeitz

am 4. und 5. Februar.

Die Stadtverordneten hatten zur Festsetzung der Haushaltpläne sowie zur Erledigung anderer Sachen zwei Sitzungen, die am 4. von 23 Stadtverordneten und fünf Magistratsmitgliedern und am 5. von 22 Stadtverordneten und drei Magistratsmitgliedern besucht waren. In der Sitzung am 4. Februar wurde der wiedergewählte Vorsteher Stadtverordneter Donalies in sein Amt eingeführt. Es folgte dann die Entlastung betr. den Neubau des Elektrizitätswerkes und der maschinellen Einrichtungen und der Elektrizitätsrechnung für die Geschäftsjahre vom 10. Dezember 1904 bis 31. März 1906.

Für den Neubau mit Maschinen sind 358 365 Mk. ausgegeben worden. Die Einnahmen betragen 60 869 Mk., die Ausgaben aber nahezu 68 000 Mk., da größere Abschreibungen gemacht wurden. An den Schlachthof wird Licht und Kraft sehr billig (Kilowattstunde 10 Pfg.) abgegeben. Einer Anregung des Stadtv. Fritzsche, den Schlachthof noch billiger zu bedienen, kann nicht stattgegeben werden, da heute schon oftmals nur des Schlachthofs wegen die Maschinen gehen müssen. Es wird in der Angelegenheit manches für und wieder gesprochen, doch muß die Angelegenheit erst noch näher durchgearbeitet werden. Entlastung der Wasserwerkskassenrechnung für das Jahr 1906/07; das Werk hat zum 1. Male 5674 Mk. Ueberschuß ergeben. Entlastung der Gasanstaltskassenrechnung für das Jahr 1095/06. Bei einer Einnahme von 255 000 Mk. und einer Ausgabe von 200 000 Mk. sind nahezu 55000 Mk. Reingewinn erzielt worden. Sämtliche Entlastungen werden erteilt.

Vornahme von Erneuerungsarbeiten im neuerworbenen Schneiderschen Grundstücke, Altenburgerstraße. Die Stadt hat obiges Grundstück billig angekauft und will die darauststehenden Gebäude vorläufig zum Vermieten in Ordnung setzen. Die Kosten betragen 1650 Mk. Das Grundstück selbst soll für später aufzuführende städtische Baulichkeiten erhalten bleiben. In der Humboldtstraße sind 31 Quadratmeter Straßengelände für sechs Mark pro Quadratmeter erworben worden. Nachträglich werden die Kosten für drei Abzweigungen vom Hauptwasserrohr in der Weißenfelserstraße nach den drei neu projektierten Seitenstraßen bewilligt, sie betragen 419 Mk.

Beschlußfassung über die Zusammensetzung und Geschäftsführung der Schuldeputation nach dem Gesetz vom 28. Juli 1906. Nach dem gen. Gesetz sollen der Schuldeputation eine größere Anzahl Befugnisse zustehen, deshalb bedürfen die in die Deputation gewählten Mitglieder auch der Bestätigung durch die Regierung. Die Kommission soll bestehen nach dem Beschlusse der Versammlung aus drei Magistratsmitgliedern drei Stadtverordneten (Stadtv. Brausch, Dr. Köllnitz und Dr. Richter) einem Lehrer und einem Rektor, einem evangelischen und dem katholischen Prediger. Der Kreisschulinspektor nimmt als Kommissar der Schulaufsichtsbehörde teil an den Sitzungen.

Es folgt dann Festsetzung des Haushaltungsplans. Die Beratung beginnt mit den Schuletats. Die Realschule schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 75 190 Mk., gegen das Vorjahr mehr 18 290 Mk. Das Schulgeld wird veranschlagt auf 32 180 Mk., der Kämmereizuschuß auf 42 900 Mk. Dem Magistrat wird anheimgegeben, eine Erhöhung des Schulgeldes vorzunehmen nach den Sätzen, wie sie in anderen Städten üblich sind. Die höhere Mädchenschule erfordert einen Etat von 38 810 Mk. Die Einnahmen in Schulgeld bringen 21 100 Mk., der Kämmereizuschuß beträgt 17 500 Mk. Die Mittelschule hat einen Etat von 110 110 Mk. An Schulgeld nimmt man ein 41 500 Mk., der Kämmereizuschuß beträgt 65 850 Mk. Die Volksschulen schließen ab mit 291 850 Mk. Das Schulgeld beträgt hier 6893 Mk. der Zuschuß 216 000 Mk. Die gewerbliche Fortbildungsschule erfordert 16 980 Mk. (Zuschuß 7649 Mk.), die kaufmännische Fortbildungsschule 9620 Mk. (Zuschuß 3700 Mk.), die Haushaltungsschule 2920 Mk. und die Mädchen-Fortbildungsschule 5880 Mk. Damit sind die Schuletats erledigt. Stadtv. Toppschal gibt noch Erläuterung über die Einrichtung des Stadtverordneten-Sitzungssaals im neuen Rathause, zu dem zwei Pläne vorliegen.

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle, 10. Februar.

Ein studentischer Kohlkopfsaufzug. Am 2. Dezember, morgens gegen 8 Uhr, wurde ein Polizist in der Gr. Ulrichstraße von Passanten aufgefordert, doch einmal vor das Residenzcafé zu gehen: Dort ständen bezechte Studenten und ödeten alle Leute an. In der Tat fand der Beamte vor dem Café fünf stark angeheiterte Studiosen aufgeplanzt. Die Passanten, namentlich Ladenfräuleins, die sich in ihre Geschäfte begeben wollten, mußten in großem Bogen um die Ulkenden herumgehen. Einer der Nachtschwärmer hatte einer Grünwarenhändlerin einen Kohlkopf abgekauft und ihn auf seinen Spazierstock gesteckt. Er schwang den so seltsam gezierten Stock nun wie einen Tambourstab auf und nieder. Die fünf waren die Nacht hindurch von einem Café in das andere gezogen. Einige von ihnen hatten bereits während der Nacht Konflikte mit Polizeibeamten gehabt, den Abschluß sollten sie nun am Morgen mit einem zweiten machen. Der vor das Café zitierte Polizist forderte die Alkoholisten höflich auf, doch nun Vernunft anzunehmen und endlich nach Hause zu gehen: es sei wirklich reichlich Zeit dazu. Die so „väterlich" Ermahnten schienen anfangs den guten Rat auch befolgen zu wollen. Kaum glaubten sie aber den Beamten außer Hörweite, als sie aufs neue die Passanten zu verulken begannen und unter Vorantritt des Kohlkopfträgers dem Marktplatze zu marschierten. Der Polizist kehrte daher zu ihnen zurück und verhaftete den Anführer. Die vier Begleiter erklärten „ritterlich", ihren Kommilitonen nicht verlassen, sondern mit ihm auf die Wache gehen und dort für ihn zeugen zu wollen. Sie erstaunten aber, als sie auf der Wache nicht als Zeugen sondern als Mitschuldige behandelt und gleichfalls für ein Strafmandat vorgemerkt wurden! Ihre Entrüstung wuchs, als sie nach einiger Zeit die gleiche Geldstrafe zudiktiert erhielten wie der Kohlkopfträger, nämlich je 15 Mark. Doch hatten sie es bis auf einen für wirksamer gehalten, stillschweigend zu zahlen. Dieser eine erreichte allerdings durch seinen Einspruch Herabsetzung der Geldstrafe von 15 Mark auf 5 Mark. Bei Hinzurechnung der Gerichtskosten aber dürfte er kaum viel billiger wegkommen als seine Leidensgefährten, die sich bemühten, leiden zu lernen, ohne zu klagen.

Kampfhähne. Ein 62jähriger Handelsmann von hier hat sich durch gewalttätige Handlungen schon viele Vorstrafen zugezogen. Er behauptet, die erste Strafe unschuldig erlitten zu haben; und diese erste schuldlos erduldete habe dann alle übrigen nach sich gezogen. Alle seine Strafen wären nur als eine einzige fortlaufende Kette von unschuldig verbüßten anzusehen. „Nun gut, immer lesen Sie nur zu," bemerkte er zum Gerichtsvorsitzenden, bei Verlesung seines Strafregisters, „ich schlage ja die Augen noch lange nicht nieder wegen meiner Vorstrafen! Sie liegen ja übrigens schon um eine Generation zurück!" Der Vorsitzende machte ihn aber darauf aufmerksam, daß seine Strafen sich zwar durch eine ganze lange Generation hindurch zögen, aber noch bis in die neueste Neuzeit hinein reichten. Erst vor einigen Monaten sei Angeklagter unter dem Vorsitz desselben Amtsrichters wegen einer Prügelei mit einem Mitbewohner seines Hauses zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte daher für die heutige Verhandlung den betreffenden Amtsrichter als befangen abzulehnen versucht, da dieser ihm eine Strafe zudiktiert habe, die sozusagen nicht mehr menschlich sei, meinte er. Doch hatte das Landgericht den Ablehnungsantrag als unbegründet verworfen.

Der Angeklagte hat daher in seinem Schlußwort „die Herren Thöppen", daß wenigstens sie ihm mit ihrer Einsicht zur Seite stehen möchten! Seit längerer Zeit lebt der Angeklagte mit einem Maurer, mit dem er in demselben Hause wohnt, in Streit. Auch an diesem Zwist will er so unschuldig sein wie an allen früheren Anlässen zu seinen Konflikten mit dem Strafgesetzbuch. „Jawohl, meine Herren," bekannte er, „ich lebe allerdings mit diesem Menschen in bitterer Feindschaft, aber nur, indem ich nämlich durch ihn sozusagen zum Krüppel geworden bin." Sein Nachbar hat ihn einmal die Treppe hinuntergeworfen und ist deshalb zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Verletzte will wegen des Treppensturzes vier Monate in der Klinik gelegen haben. Er hat sich aber auch schon mehrmals an seinem Nachbar vergriffen. Eines Septemberabends rief er dem verhaßten Gegner wiederum herausfordernd zu, sie wollten miteinander einen regelrechten Kampf ausfechten. Bald waren die erbitterten Kampfhähne handgemein, würgten sich, schlugen sich mit Fäusten und bearbeiteten sich schließlich mit „harten Gegenständen", bis sie bluteten. Jeder machte dem andern den Vorwurf, zum Messer gegriffen zu haben. Der Angeklagte suchte sich von dieser Unschuldigung durch folgende originelle Beweisführung zu reinigen: „Gewiß, meine Herren, geschlagen habe ich den Kerl tüchtig! Mit beiden Armen habe ich ihn zu packen gekriegt, an der Gurgel gewürgt und mit dem Kopfe rechts und links gegen die Wand geschmissen! Aber wenn ich auch noch ein Messer gehabt hätte, dann lebte der Kerl heute nicht mehr. Wie so nem Menschen, der von wegen seinem schlechten Lebenswandel kein Fünpfd Fleisch mehr an den Knochen hat, werde ich trotz meinem Alter noch ohne Messer fertig!" — Ein Mitbewohner des Hauses, ein Former, hatte die ergrimmten Faustkämpfer schließlich auseinandergebracht. Aber die bei derartigen Szenen meist höchst undankbare Rolle des Friedensstifters hatte ihm leider auf des einen Kämpfers Betreiben eine Anklage wegen Körperverletzung eingebracht. Doch sprach ihn das Schöffengericht kostenlos frei. Der Haupttäter wurde als Urheber des Streites in eine Geldstrafe von 30 Mark genommen.

Vermischtes.

* **Opfer des Meeres.** Die englische Barke Perlenfischer ist bei dichtem Nebel in der Nähe von Dungeneß in Kanal mit einem anderen noch unbekannten Schiffe zusammengestoßen und mit Mann und Maus untergegangen.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

London, 11. Februar. Als König Eduard in Brighton zum Besuche des Herzogs von Vive eintraf, versuchten arbeitslose Arbeiter eine Kundgebung zu veranstalten. Sie folgten dem Wagen des Königs, wurden aber von der Polizei zerstreut.

Lissabon, 11. Februar. Der gestrige Ministerrat beriet über die Begnadigung der Meuterer vom Kriegsschiff Vasco de Gama; ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Petersburg, 11. Februar. Auf der finnländischen Bahn wurde der Gendarm Bayhanow verhaftet, der eine Anzahl Bomben nach Petersburg befördern wollte. Auf Grund der Aussagen des Verhafteten wurde das Mitglied der ersten Duma, der Sozialrevolutionär Korniljew verhaftet. (Das scheint wieder eine regelrechte Spitzelaktion zu sein. D. R.)

Dresden, 11. Febr. Im Garnison-Lazarett ist der Soldat Dierscke von der Maschinengewehr-Abteilung Nr. 12 an Genickstarre gestorben. Beim Infanterie-Regiment Nr. 103 in Bautzen greift die Seuche immer weiter um sich.

Konstantinopel, 11. Februar. Infolge starker Stürme sind auf dem Schwarzen Meere viele Schiffe verunglückt, wobei auch zahlreiche Menschen ums Leben verloren gingen.

Washington, 11. Februar. Die Marinekommission des Repräsentantenhauses beschloß den Bau von acht weiteren Unterseebooten und zehn Torpedobootszerstörern.

Letzte Nachrichten.

Trier, 11. Februar. Gegen eine Anzahl von Grubensteigern der Königlichen Kohlengruben des Saarreviers hat der Staatsanwalt ein Verfahren wegen Aufhetzung () eingeleitet.

Wien, 11. Februar. Die seit Donnerstag abend in Ostgalizien mit ungewöhnlicher Heftigkeit andauernden Schneestürme bedeuten eine Katastrophe. Lemberg ist buchstäblich vom Weltverkehr abgeschnitten. Der Bahnverkehr zwischen Lemberg und Krakau ist unterbrochen. In dem haushohen Schnee sind Tausende von Arbeitern mit der Freimachung der auf dieser Strecke eingeschneiten Züge beschäftigt. Auf sechzehn Bahnlinien Ostgaliziens ist der Bahnverkehr seit einigen Tagen gänzlich stiftiert. In Krakau ist bereits Mangel an Lebensmitteln eingetreten.

Roveredo, 11. Februar. Im Irredentisten-Prozeß wurden zehn Angeklagte zu Strafen von einem Tage bis zu zwei Wochen Kerker verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Verurteilten tragen auch die Kosten. Die verletzten Deutschen wurden auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

Budapest, 11. Februar. Die Wahlbewegung in Kroatien hat bereits zu Blutvergießen geführt. In Ubdins kam es zwischen Anhängern der Koalition und Serbisch-Radikalen zu Schlägereien, wobei ein Wähler getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Warschau, 11. Februar. Nach viertägiger Verhandlung verurteilte das hiesige Kriegsgericht gestern von 22 Räubern, die in den Jahren 1905/6 eine große Reihe von Mordtaten, Ueberfällen 2c. verübt hatten, 13 zum Tode und sprach die übrigen 9 frei. Während der Gerichtssitzung fand die Trauung des zum Tode verurteilten Lukasito mit seiner langjährigen Geliebten statt. Außerdem verurteilte das Kriegsgericht drei Lodzer Arbeiter zum Tode, die fünf Genossen erschossen hatten.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Kleider machen Leute. Heute liegt der Gesamtauflage unseres Blattes ein Prospekt der Firma Conrad u. Kamberg, Cottbus, zum Bezuge billiger Kleiderstoffe bei, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Arbeiter-Bildungsverein zu Halle a. S.
Frauen-Abteilung in Lettin
Sonntag den 16. Febr. im Saale d. „Erholung" in Lettin **Zither-Konzert** mit darauffolgendem **Kränzchen** bis früh. — Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr pünktlich. Eintritt für eingeführte Gäste 20 Pf., für Mitglieder 10 Pf. **Alle Bibliotheksbücher** müssen schnellstens abgeliefert werden, die Bibliothek geht in die des Soz. Vereins über. **Besichtigung der Bäckerei** des Allgem. Konsumvereins am Mittwoch d. 19. Febr.; Treffpunkt präz. 1/3 Uhr Landsbergerstr. 13. **Vorstandssitzung** am 17. Februar abends 8 Uhr. D. V.

H. Böhlerts Rossschlächterei
Glauchaerstraße 75
dicht an der Glauchaischen Kirche
empfiehlt diese Woche in bekannter Güte:
frische Fleisch- und Wurstwaren.

Kustenbonbon,
tägl. frische Fabrikation empfiehlt
1/4 Pfund zu 10 Pfennig.
Fr. Donner,
Gr. Steinstr. 68, Leipzigerstr. 65,
Geiststraße 64.

Suche Ostern einen
Tischler-Lehrling.
M. Winkelmann, Bau- u. Möbel-Tischlerei.
Ober-Röblingen a. S.,
direkt am Bahnhofe.

Haematogen,
bestes Nähr- u. Kräftigungsmittel für Kranke u. Rekonvaleszenten.
Flasche 2 Mk.
allein echt bei
Max Rädler, Drogerie, Rannischestr. 2, Ecke Sternstraße.

Zur Konfirmation!
Kleiderstoffe in allen Qualitäten, Anzüge sowie alle Manufaktur- und Leinenwaren liefert großes Versandhaus gegen bequeme Teilzahlungen.
Gefl. Adressen unter 432 ds. Blattes erbeten.

Das
Bürgerliche Gesetzbuch
nebst
Ein- u. Ausführungsgesetzen,
mit ausführlichen Kommentaren.
Gemeinverständlich dargestellt und für den praktischen Gebrauch erläutert von den Rechtsanwälten
Dr. Korn, Ebstein, Kurecki, Pliezner und Schwarz.
Preis 2.50 Mk.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Solide Familien
erhalten sämtl. Wäschearticel, Gardinen, Kleiderstoffe etc. in reeller Ware auf Teilzahlung bei Fr. Gronau, Barfüßerstr. 10.

Ein starker Zughund zu verk. Beesen a. E., Halleschestr. 13.

Frdl. möbliertes Zimmer zu vermieten. Viktoriastr. 25 III.

Volkspark.
Kräftiger Mittagstisch.

Ernst Häckel
Volksausgabe. Preis 1 M.
Volksbuchhandlung.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd. Steinweg 2, 10. Febr.

Aufgeboten: Schuhmacher Meyer u. Minna Birke Forsterstraße 35 und Teicha). Gesellschafter Ilgelmann und Emma Heine Ludwigstr. 3 u. Diemitz). Kontorist Heise u. Amalie Rachut (Halle a. S. u. Leipzig). Gerbermeister Förster und Anna Marx (Schortewitz u. Bosbau). Schlosser Steinkopf und Emma Höie (Halle a. S. u. Brühlitz). Postsekretär Traydorf und Elfriede Kelch (Halle a. S. und Schönberg). Stud. agr. Nedelikowic u. Johanna Schlepper (Halle a. S. u. Gesenheim). Maurer Körteritzsch und Hulda Körsten (Kleingöhren u. Muschwitz).

Eheschließung: Magistratsassistent Wuttke u. Frida Hädicke (Fürstental 2 und Ratswerder 11).

Geboren: Schneider Haltenhof T. (Forsterstr. 37). Arbeiter Ossada Tocht. (Schlosserstr. 15). Tischler Schmidt T. (Hochstr. 4). Hilfsbremser Ulrich T. (Thomasiusstraße 16). Kellner Dobrich S. (Freimfelderstraße 16). Kupferschm. Kühne T. (Wännerhöhe 28). Schmiedemeister Miethe S. (Saalberg 23). Schuhmacher Herold T. (Rittersir. 4). Schuhmacher Winterfeld S. (Ludwigstraße 12).

Gestorben: Witwe Schröter geb. Flichner, 79 J. (Langestr. 28). Arbeiters Engert T., 5 Monate (Ludwigstraße 12). Arbeiters Siee Ehefrau Emilie geb. Ropp aus Staßfurt, 46 J. (Klinik). Tischlers Herke S., 3 W. (Krukenbergstraße 4). Arbeiter Schmidt, 50 J. (Geetenersir. 10). Rentner Poch, 87 J. (Germanstraße 11). Bahnarbeiter Diesel, 60 Jahr (Marktplatz 9). Arbeiters Ballas T. 6 T., (Saalberg 22). Invalide Brönner, 65 J. (Spitze 15). Arbeiters Baldamus T., 1 M. (Saalberg 27). Witwe Luise Hennig geb. Fischer, 85 J. (Glauchaerstraße 68).

Halle-Nord (Burgstr. 38) 10. Febr.

Aufgeboten: Dr. med. Jähne und Therese Betterling gebor. Hochheim (Dresden u. Kaiserstraße 22). Oberkellner Siltermeyer und Rosa Geyer (Weißstr u. Talamtstr. 1). Dr. phil. Pfister u. Gertrud Meyer (Nordhausen und Jägerplatz 2).

Geboren: Schmied Schwarzwalder S. (Hohenzollernstr. 36). Kaufmann Boettcher T. (Ludwi Buchcerstraße 73). Schmied Gellert T. (Große Wallstr. 28).

Gestorben: Witwe Henriette Bezler geb. Ulrich, 84 J. (Uhlandstraße 11). Korbmachermeister Plato, 77 J. (Köthenerstraße 1). Invad. Gärtners Gottschall Ehefrau Wilhelmine geb. Busch, 66 J. (Felsenstraße 3). Formers Krippner S., totgeb. (Wittekindstraße 5). Kondtor Wernicke, 42 J. (Leipzigerstraße 27).

Dank.
Für die uns von vielen Seiten bewiesene herzliche Teilnahme bei dem Begräbnisse unserer lieben Verstorbenen, der Witwe Marie Hacke geb. Ulrich, sagen wir allen unseren innigsten Dank.
Halle a. S., d. 11. Febr. 1908.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080212-11/fragment/page=0008